

# Max Habermann und der gewerkschaftliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Probleme einer biographischen Rekonstruktion

Peter Rütters

## I.

„Das Zentrum des gewerkschaftlichen Widerstandes war der ‚Leuschner-Kreis‘, der sich im Anschluss an den Vereinigungsbeschluss vom Ende April 1933 gebildet hatte. Zu seiner Führungsspitze gehörten (außer Wilhelm Leuschner) Jakob Kaiser und Max Habermann vom ‚Gewerkschaftsflügel‘ des DHV.<sup>1</sup> Auch wenn diese pointierte Feststellung Ulrich Borsdorfs aus dem Jahr 1974 aus heutiger Sicht nicht nur in einem Punkt korrekturbedürftig ist,<sup>2</sup> verweist die Zuordnung von Max Habermann zu Wilhelm Leuschner (freie Gewerkschaften, Sozialdemokrat) und Jakob Kaiser (christlich-nationale Gewerkschaften, Zentrum) auf dessen prominente Rolle im gewerkschaftlichen Widerstand.

Max Habermann, der bis heute weit weniger bekannt ist als die beiden anderen Gewerkschaftsfunktionäre, war während der Weimarer Republik einer der einflussreichsten Spitzenfunktionäre des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV), der mitgliederstärksten Angestelltenorganisation dieser Zeit.<sup>3</sup> Im historischen Gedächtnis geblieben ist Max Habermann aber – worauf das einleitende Zitat hinweist –, weil er gemeinsam mit Wilhelm Leuschner

- 
- 1 Ulrich Borsdorf: Der Weg zur Einheitsgewerkschaft. in: Jürgen Reulecke (Hg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Wuppertal 1974, S. 385–413, hier S. 394.
  - 2 Zur kontroversen Einschätzung der Intensität der Beziehungen der ehemaligen (sozialdemokratischen) Gewerkschaftsfunktionäre untereinander und von deren hierarchischen Verknüpfung in einer „Illegalen Reichsleitung“, an deren Spitze Wilhelm Leuschner gesehen wurde, vgl. Gerhard Beier: Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945. Köln 1981, gestützt auf Emil Henk: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. Heidelberg 1946; neuerdings mit ähnlicher Intention auch Axel Ulrich: Wilhelm Leuschner. Ein deutscher Widerstandskämpfer. Wiesbaden 2012; kritisch und skeptisch hingegen Willy Buschak: „Arbeit im kleinsten Zirkel“. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Hamburg 1993, S. 16, 207–211; ferner abwägend in der Einleitung zu: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 5: Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933–1945. Bearb. von Siegfried Mielke und Matthias Frese. Hg. von Siegfried Mielke und Hermann Weber. Köln 1999, S. 21–27.
  - 3 Zur Geschichte des Angestelltenverbandes vgl. Iris Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933. Frankfurt/Main 1967; Dieter Fricke/Werner Fritsch: Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV), in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hg. von Dieter Fricke u. a. Bd. 2. Leipzig 1984, S. 457–475.

und Jakob Kaiser seit Mitte der 1930er Jahre in Berlin einen kleinen Kreis ehemals hochrangiger Gewerkschaftsfunktionäre bildete. Als wegweisend gilt deren Verständigung über den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft, die nach einer Überwindung des NS-Regimes an die Stelle der Deutschen Arbeitsfront (DAF) treten und eine Wiederbelebung der konkurrierenden parteipolitisch und weltanschaulich gebundenen Gewerkschaften der Weimarer Republik verhindern sollte. In den Plänen für eine zentralistische Einheitsgewerkschaft, wie sie in den sogenannten Kaltenbrunner-Berichten wiedergegeben sind, wurden Max Habermann – neben Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser – mehrere einflussreiche Positionen zugewiesen.<sup>4</sup>

Strategische Relevanz im Hinblick auf die Überwindung des NS-Regimes erlangte der Gewerkschafterkreis durch die seit 1941/42 aufgenommenen Verbindungen zu Kreisen des zivilen und militärischen Widerstandes (Carl Goerdeler, Helmuth J. von Moltke/Kreisauer Kreis, Generaloberst Ludwig Beck, Oberstleutnant/Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg).<sup>5</sup> Eingebunden wurden die Gewerkschafter durch diese Verbindungen sowohl in gesellschaftspolitische Planungen für die Zeit nach Überwindung des Nationalsozialismus als auch – am Rande – in Vorbereitungen für einen militärischen Sturz des Regimes, was sie nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat auf Hitler der Verfolgung durch die Gestapo aussetzte.

Während sich Jakob Kaiser nach dem gescheiterten Attentat bis zum Kriegsende verstecken konnte, wurde Wilhelm Leuschner am 16. August 1944 verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Plötzensee am 29. September 1944 hingerichtet. Max Habermann gelang es nach dem 20. Juli, sich mehr als drei Monate zu verbergen, bis er am 29. Oktober 1944 in Müden an der Aller verhaftet wurde. Er nahm sich im Gefängnis des Amtsgerichts von Gifhorn in der Nacht zum 30. Oktober das Leben.

## II.

Trotz ihrer intensiven Beziehung zum zivilen und militärischen Widerstand und ihrer Einbindung in das Stauffenberg-Attentat haben die Gewerkschafter

4 Vgl. Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): „Spiegelbild einer Verschwörung“. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Bd. 1. Stuttgart 1984, S. 383–387, 496–501; auch Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 5, S. 294–300 (Dok. 51).

5 Die Gewerkschafter hatten unterschiedliche Verbindungen zu den einzelnen Widerstandskreisen; beispielsweise waren Jakob Kaiser und Max Habermann nicht in den Kreisauer Kreis einbezogen, zu dem hingegen Wilhelm Leuschner und Hermann Maaß seit 1941/42 Kontakt pflegten, vgl. Helmuth J. von Moltke: Briefe an Freya 1939–1945. Hg. von Beate Ruhm von Oppen. München 1995; Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München 1967.

– im Vergleich zu den zivilen (bürgerlichen) und militärischen Akteuren – bislang keine ähnlich vielfältige biographische Beachtung erhalten. Über Jakob Kaiser, Wilhelm Leuschner und Max Habermann liegen bisher keine heutigen wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Biographien vor. Die Biographie über Jakob Kaiser als „Widerstandskämpfer“ von Elfriede Nebgen, langjährige Mitarbeiterin, Lebensgefährtin und späte Gattin Jakob Kaisers, bietet zwar viel Selbsterlebtes und von Jakob Kaiser Berichtetes, sperrt sich jedoch gegen eine quellenkritische Rezeption.<sup>6</sup> Zu Wilhelm Leuschner finden sich neben der frühen Biographie von Joachim G. Leithäuser<sup>7</sup>, die großzügig auf nachvollziehbare Quellennachweise verzichtet, zahlreiche kürzere Darstellungen zu unterschiedlichen Aspekten seines Tuns<sup>8</sup>. Und trotz der jüngst vorgelegten faktenreiche Darstellung von Axel Ulrich über Wilhelm Leuschners Widerstandsaktivitäten<sup>9</sup> mangelt es auch für diesen Spitzengewerkschafter an einer Biographie, die mit den gehaltvollen biographischen Darstellungen über einzelne Akteure des zivilen und militärischen Widerstandes (insbesondere des Goerdeler- und des Kreisauer Kreises sowie zum Umfeld des Stauffenberg-Attentats) „mithalten“ könnte. Es wird nicht überraschen, wenn auch für Max Habermann ein biographisches Defizit festgestellt werden muss.

---

6 Vgl. Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer. Stuttgart 1967; diese Biographie ist Teil einer dreibändigen Gesamtbiographie, zu der noch: Erich Kosthorst: Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer. Stuttgart 1967, und Werner Conze: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949. Stuttgart 1967, gehören. Zu Kaiser vgl. auch die Einleitung in: Tilman Mayer (Hg.): Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Köln 1988. – Jakob Kaiser selbst hat darauf verzichtet, Memoiren oder eine Autobiographie zu verfassen; auch seine Erinnerungsaufsätze zu Todestagen von Max Habermann und Wilhelm Leuschner sowie Gedenkreden und Gedenkaufsätze zum 20. Juli beschwören vor allem Erinnerung, Gemeinsamkeit und Verantwortung für die Zukunft, bieten indes kaum detaillierte Darstellungen und Fakten, mit deren Hilfe die Widerstandsaktivitäten der Gewerkschafter rekonstruiert werden könnten; vgl. die Wiedergabe verschiedener Texte in: Mayer: Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot.

7 Vgl. Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik. Köln 1962.

8 Vgl. u. a. Gerhard Beier: Wilhelm Leuschner, in: Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter (Hg.): 20. Juli. Porträts des Widerstands. Düsseldorf 1994, S. 257–276; Hans Mommsen: Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944, in: Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Bd. 1: Ideologie – Herrschaftssystem – Wirken in Europa. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag. Hg. von Ursula Büttner unter Mitwirkung von Werner Johe und Angelika Voß. Hamburg 1986, S. 347–361; Peter Steinbach: Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstands. München 2004, S. 111–127; Buschak: „Arbeit im kleinsten Zirkel“, S. 239–259; Johannes Tuchel: Zur Verfolgung von Gewerkschaftern nach dem 20. Juli 1944. Die Gestapo-Ermittlungen und der Schauprozess gegen Wilhelm Leuschner vor dem nationalsozialistischen „Volksgerichtshof“, in: Ursula Bitzegeo/Anja Kruke/Meik Woyke (Hg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik. Bonn 2009, S. 329–360, hier auch in Anm. 1 Hinweise auf weitere Literatur zu Leuschner.

9 Ulrich: Wilhelm Leuschner.

Die wenigen Kurzbiographien, die einen Überblick über Max Habermanns Leben und Wirken vermitteln,<sup>10</sup> bieten keinen hinreichenden Ersatz. Auch die unveröffentlichte „biographische Studie“ von Albert Krebs, mit 84 Typoskript-Seiten der bislang umfangreichste Text, changiert zwischen biographischer Skizze über Max Habermann, längeren Passagen, in denen Albert Krebs eine autobiographische Selbstdarstellung bietet, und Schilderungen seiner Begegnungen mit dem DHV-Spitzenfunktionär.<sup>11</sup> Immerhin findet sich in dieser Studie sowie in Albert Krebs Habermann-Artikel in der *Neuen Deutschen Biographie* (NDB) eine Anzahl von Hinweisen zum Werdegang Max Habermanns, auf dessen Familienverhältnisse, Schul- und Berufsausbildung, berufsverbandliches Engagement vor dem 1. Weltkrieg und die mit freiwilliger Meldung begonnene Kriegsteilnahme von 1914 bis 1918 und auch über das gewerkschaftspolitische und politische Engagement in der Weimarer Republik. Alles in allem bleiben die aus diesen Darstellungen zu entnehmenden Angaben zur persönlichen Entwicklung Max Habermanns und die Hinweise auf sein politisches und gewerkschaftspolitisches Agieren sehr lückenhaft. Schließlich werden noch in Würdigungen wie in Annedore Lebers „Das Gewissen entscheidet“<sup>12</sup> und in Gedenkartikeln, wie sie Jakob Kaiser bereits 1945 über Max Habermann verfasst hat<sup>13</sup>, biographische Details erwähnt. Insgesamt jedoch sind die vorliegenden Darstellungen auch zusammengenommen kaum geeignet, eine politische Biographie über Max Habermann, über sein Wirken in der Weimarer Republik und insbesondere über seinen Beitrag zum gewerkschaftlichen Widerstand in der NS-Zeit zu ersetzen.<sup>14</sup>

Das Desiderat einer politischen Biographie über Max Habermann resultiert nicht nur aus dem über lange Zeit sehr geringen wissenschaftlichen Interesse an Gewerkschafter(innen)-Biographien.<sup>15</sup> Als Hindernis muss auch das Fehlen

10 Vgl. Hans Bechly: Habermann, in: Ludwig Heyde (Hg.): Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Bd. 1. Berlin 1931, S. 741f.; Albert Krebs: Habermann, Hans Max, in: NDB. Bd. 7. Berlin 1966, S. 397f.

11 Albert Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, Ms., o. O., o. J., in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte.

12 Annedore Leber (Hg.): Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensläufen. Berlin 1960, S. 100ff.

13 Jakob Kaiser: Max Habermann: Zu seinem Todestag am 30. Oktober 1944, Artikel in: Neue Zeit, 30. Oktober 1945, abgedruckt in: Mayer: Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot. S. 189–191, hier S. 190.

14 Dieses biographische Defizit findet eine Fortschreibung in den Studien zum zivilen und militärischen Widerstand und zum 20. Juli. Sofern in ihnen auf die Beteiligung und den Beitrag des Gewerkschafterkreises um Leuschner, Kaiser und Habermann eingegangen wird, reproduzieren sie fast ausschließlich den Informationsstand von drei Quellen: Elfriede Nebgens Biographie über Jakob Kaiser, die Leuschner-Biographie von Joachim G. Leithäuser sowie die sogenannten Kaltenbrunner-Berichte.

15 Zum Biographie-Problem in der Gewerkschaftsforschung vgl. Ulrich Borsdorf: Deutsche Gewerkschaftsführer – biographische Muster, in: Ulrich Borsdorf/Hans O. Hemmer/Ger-

eines geschlossenen Nachlasses gesehen werden.<sup>16</sup> Doch scheint es durchaus möglich zu sein, durch Akten von Verfolgungsbehörden<sup>17</sup>, Entnazifizierungs-<sup>18</sup> und Wiedergutmachungsakten<sup>19</sup>, erhalten gebliebene Korrespondenz-Splitter<sup>20</sup> sowie Hinweise auf Max Habermann in autobiographischen Publikationen von Zeitgenossen<sup>21</sup> einige Facetten seines politischen Agierens und seines Widerstandshandelns zu rekonstruieren.

---

hard Leminsky/Heinz Markmann (Hg.): Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter. Köln 1977, S. 11–41; Peter Rütters: Methodisch-konzeptionelle Schwierigkeiten mit Gewerkschafter(innen)biographien, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 41 (2005) 4, S. 508–517. – Erst in den letzten Jahren zeigt sich ein beachtlicher Wandel nicht zuletzt aufgrund der Zugänglichkeit und systematischen Nutzung von Quellen wie Wiedergutmachungsakten und Opfer des Faschismus (OdF)-Akten neben den Akten der „Verfolger“-Institutionen wie des Volksgerichtshofes und der Oberlandesgerichte. Wegweisend für diesen Forschungsweg sind die von Siegfried Mielke herausgegebenen Sammelbände zu Gewerkschaftern in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, zum Gewerkschaftswiderstand von Frauen und zum Widerstand ehemaliger Metallgewerkschaftsfunktionäre, vgl. Siegfried Mielke (Hg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch. Bd. 1–3. Berlin 2002, 2003, 2005; Ders. (Hg.): Gewerkschafterinnen im NS-Staat: Verfolgung, Widerstand, Emigration. Essen 2008; Ders./Stefan Heinz (Hg.): Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung. Berlin 2012.

- 16 Im Winter 1942 oder 1943 hatte Max Habermann viele persönliche Unterlagen verbrannt, die ihn oder Dritte in irgendeiner Weise hätten belasten können. Mitteilung von Günther Habermann.
- 17 Vgl. Bundesarchiv (BArch), VGH/Z-B 488; Stadtarchiv Bielefeld, 250,1 NSDAP, 1937–1939, 18: Unterlagen zu einem Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer landesverräterischen Handlung (nach § 90f. StGB) wegen der Verbreitung einer kritischen Denkschrift über die wirtschaftlichen Folgen des Vierjahresplanes von 1936, das Ende 1937 gegen August Bratvogel, Lothar Gebke, Ernst Kettembeil, Friedrich Holzapfel und Max Habermann von der Staatsanwaltschaft in Bielefeld eingeleitet und zwei Jahre später eingestellt wurde; zu dem Verfahren auch: Christopher Beckmann: Friedrich Holzapfel (1900–1969), in: Historisch Politische Mitteilungen 12 (2005), S. 129–157.
- 18 Vgl. Landesarchiv NRW Rheinland, NW 1062, Nr. 849, Entnazifizierungsakte Lothar Gebke, der von Max Habermann in seiner Großhandlung für Papier und Bürobedarf (Bott KG) 1935/36 beschäftigte war.
- 19 Vgl. Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 254 (OdF-Akte Anna Habermann); Staatsarchiv Hamburg: 351-11, Sign. 53884 (Wiedergutmachungsakte Anna Habermann).
- 20 Reste der familiären Korrespondenz befinden sich im Privatarchiv von Günther Habermann (Berlin), dem jüngsten Sohn von Max Habermann. Daneben finden sich Hinweise auf politische Aktivitäten Max Habermanns im Nachlass von Korrespondenzpartnern, beispielsweise im Archiv von Erwin Guido Kolbenheyer; vgl. hierzu auch Siegfried Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt. Politisches Buchmarketing im „Dritten Reich“, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens 38 (1992), S. 1–189.
- 21 Vgl. Gottfried R. Treviranus: Für Deutschland im Exil. Düsseldorf 1973.

## III.

Ebenso bemerkenswert wie gemeinsam sind in diesen Darstellungen – bezogen auf Max Habermann – zwei Aspekte: (1) Durchweg wird darauf verzichtet, der Frage nachzugehen, was Max Habermann, der bis 1933 als einer der einflussreichsten Spitzenfunktionäre des DHV galt, für Jakob Kaiser und insbesondere für den Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner ebenso akzeptabel machte wie für die Akteure des bürgerlichen und militärischen Widerstandes (Goerdeler, Beck, Stauffenberg etc.). Immerhin war Max Habermann bis 1933 ein führender Repräsentant einer explizit antisemitischen Angestelltenvereinigung, die auch in der Weimarer Zeit ihre Frontstellung gegen die Sozialdemokratie nicht aufgegeben hatte und politisch gegen die Demokratie, den Parlamentarismus und die Verfassung der Weimarer Republik mobilisierte. Auch (2) wird Max Habermanns spezifischer Beitrag zu den konzeptionellen Überlegungen für die Bildung einer richtungsübergreifenden zentralistischen Einheitsgewerkschaft nicht erkennbar, auch nicht, ob und welche Differenzen zwischen Leuschner, Kaiser und Habermann bestanden und ob er, ähnlich wie es für Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser in der Widerstandsliteratur herausgestellt wird, Verbindungen zu ehemaligen Verbandsfunktionären aufrechterhalten hatte, die darauf gerichtet waren, dass auch diese Gewerkschafter nach einem Regime-Sturz für eine gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Neuordnung zur Verfügung stehen würden.

Was machte Max Habermann, den ehemaligen Spitzengewerkschafter des DHV, zu einem Protagonisten des gewerkschaftlichen Widerstandes? Was machte ihn akzeptabel für Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner? Und welche gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen vertrat er?

Max Habermann – 1885 in Altona geboren, Buchhändler-Lehre, ab 1907 Angestellter des DHV – war, wie bemerkt, einer der einflussreichsten Spitzenfunktionäre des DHV in der Weimarer Republik. Seit 1913 gehörte er der „Verwaltung“, d. h. dem Vorstand, des DHV an, dessen zentrales Verbandsorgan, die *Deutsche Handelswacht*, er als Schriftleiter betreute. Gegen Ende der Weimarer Republik galt als sicher, dass er Nachfolger des Verbandsvorsitzenden Hans Bechly werden würde.<sup>22</sup>

Der DHV war ein Berufsverband für männliche kaufmännische Angestellte, der sich unter den Bedingungen der Weimarer Republik zu einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung wandelte, um als tarifvertragsfähiger Verband anerkannt zu werden. Kennzeichnend für die Angestelltenorganisation waren

22 Aus politisch-pragmatischen Erwägungen wurde er durch Beschluss der Delegiertenkonferenz des DHV im Jahr 1932 als designierter Verbandsvorsitzender durch Hermann Miltzow, ebenfalls langjähriges Vorstandsmitglied des DHV, ersetzt, von dem der DHV-Vorstand annahm, dass er sich gegenüber der NSDAP-Führung weniger als Max Habermann exponiert habe.

neben der Beschränkung auf männliche Angestellte der Ausschluss von Juden von der Mitgliedschaft sowie eine programmatische und mitgliedermäßige Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie. Gesellschaftspolitisch propagierte der Verband seit seiner Gründung 1893 mehr oder weniger radikal einen völkisch-kulturellen Antisemitismus. Politisch verhielt sich der DHV skeptisch bis ablehnend gegenüber der Weimarer Republik und dem Parlamentarismus, den er gleichwohl für seine Interessen mit einer Politik der „Querverbindungen“ zu instrumentalisieren suchte. Zielgerichtet unterstützte der DHV finanziell und organisatorisch Verbandsmitglieder von der Zentrumspartei bis zur NSDAP, die ein politisches Mandat anstrebten oder innehatten. Der Verband erwartete, dass sich diese Verbandsmitglieder in den Fraktionen ihrer Parteien im Reichstag, in den Landtagen und in kommunalen Selbstverwaltungsgremien für die Angestelltenpolitik des DHV einsetzen würden. Mit diesem Konzept vertrat der DHV letztlich nicht nur eine antiparlamentarische, sondern auch eine den Parteienpluralismus abweisende Position, die offen war für einen autoritären Staat und eine (undeutliche) ständische Repräsentation des Volkes.<sup>23</sup> Politisch stand der DHV mit seiner Programmatik am rechten Rand des Gewerkschaftsspektrums. Er gehörte zu den Verbänden, die 1919 den christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gründeten. Dem christlichen Dachverband, dem die christlichen Gesamtverbände der Arbeitergewerkschaften, der Angestelltenverbände und der Beamtenorganisationen angehörten, war der DHV über seine Mitgliedschaft im Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag)<sup>24</sup> angeschlossen. Der DHV war die mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft im Gedag und mittelbar im DGB.

---

23 Zu den verbreiteten antiparlamentarischen, antipluralistischen und staatsautoritären Positionen in der Weimarer Republik vgl. Andreas Wirsching: Koalition, Opposition, Interessenpolitik. Probleme des Weimarer Parteienparlamentarismus, in: Marie-Luise Recker (Hg.): Parlamente in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich. München 2004, S. 41–64, hier S. 42ff. Hans Bechly, Verbandsvorsteher (= Vorstandsvorsitzender) des DHV, hatte in einem Aufsatz in „Deutsche Handelswacht“ unter der Überschrift „Parlament und Staatsführung“, worauf Iris Hamel aufmerksam macht, anlässlich der Reichstagswahlen von 1928 „die große Bedeutung der Wirtschaftsverbände im politischen Leben hervorgehoben“ und betont, dass die „wirtschafts- und sozialpolitischen Willenszentren“ nicht mehr „die politischen Parteien, sondern die überparteilichen Organisationen“ seien, die „von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen auf alle Parteien“ einwirken und diese „mehr und mehr“ durchdringen würden. Letztlich ging Bechly davon aus, dass sich der Parlamentarismus überlebt habe, Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 215f.

24 Vgl. Georg Borst: Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag), in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Hg. von Ludwig Heyde. Bd. 1. Berlin 1931, S. 607f.; Werner Fritsch: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag) 1919–1933, in: Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hg. von Dieter Fricke u. a. Bd. 3. Leipzig 1985, S. 9–13.

Max Habermann nahm bereits als Mitglied der 10-köpfigen Verwaltung (Vorstand) des DHV eine einflussreiche Position ein. Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeiten lag in der Informations-, Propaganda- und Bildungsarbeit. Langjährig betraut mit der Schriftleitung der *Deutschen Handelswacht* (DHW), prägte er das politische und propagandistische Profil der Angestelltenorganisation. Verstärkt wurde die gesellschaftspolitische Breitenwirkung des DHV, indem Max Habermann Vorsitzender des Aufsichtsrats von zwei dem DHV gehörenden Verlagen, der Hanseatischen Verlagsanstalt (HAVA) und seit Ende 1928 dem Georg Müller Verlag war.<sup>25</sup> In diesen Positionen nahm er Einfluss auf die politisch-ideologische Ausrichtung der Publikationsprogramme beider Verlage, die er auf eine völkische, nationalistische, antisemitische und staatsautoritäre Ideologie zu verpflichten versuchte.

Neben der Bildungspolitik und neben der gezielten Unterstützung von Abgeordneten durch die DHV-Politik der „Querverbindungen“ unterhielt Max Habermann im Rahmen seiner DHV-Funktionen engere Beziehungen zu einflussreichen Politikern der Weimarer Republik, u. a. zu Heinrich Brüning, langjähriger Generalsekretär des christlichen DGB, Zentrumsabgeordneter im Reichstag und Reichskanzler (1930–1932),<sup>26</sup> und zu Gottfried Treviranus. Dessen Bruch mit der DNVP und dessen Beteiligung an der Bildung der Volkskonservativen Vereinigung (VKV)/Konservativen Volkspartei (KVP) im Jahr 1930 wurden von Max Habermann mit Mitteln, die der DHV für die Parteibildung zur Verfügung stellen konnte, unterstützt.<sup>27</sup>

Das verbandsgebundene politische Engagement Max Habermanns äußerte sich auch in seinen Bemühungen, nach den Reichstagswahlen im September 1930, bei denen die NSDAP unerwartet 107 Abgeordneten (1928: 12) erlangte, eine Kooperation zwischen dem Reichskanzler Hermann Brüning (Zentrum)

- 
- 25 Vgl. Andreas Meyer: Die Verlagsfusion Langen-Müller. Zur Buchmarkt- und Kulturpolitik des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Vereins in der Endphase der Weimarer Republik, in: *Archiv für Geschichte des Buchwesens* 32 (1989), S. 1–273, hier S. 38f.; ferner Lokatis: *Hanseatische Verlagsanstalt*, S. 1–189.
- 26 Vgl. Erasmus Jonas: *Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 30). Düsseldorf 1965, S. 64. Jonas hebt hervor, dass die Ernennung Brünings, der seit 1920 Geschäftsführer des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), seit 1924 für das Zentrum Abgeordneter im Reichstag und seit 1929 Fraktionsvorsitzender der Zentrumsparterie war, von einem „Kreis rechtsgerichteter Politiker“ getragen wurde, die in Brüning „den kommenden Mann“ sahen“ und selbst ein „politisch bedeutendes Netz von ‚Querverbindungen‘“ bildeten, dem mit nicht geringem Einfluss Max Habermann angehörte.
- 27 Vgl. Treviranus: *Für Deutschland im Exil*, S. 76; ferner Jonas: *Die Volkskonservativen 1928–1933*; Ulrich Roseke: *Volkskonservative Vereinigung (VKV) 1930–1933*, in: *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*. Hg. von Dieter Fricke u. a. Bd. 4. Leipzig 1986, S. 423–430.



und Adolf Hitler (NSDA) zu vermitteln, um für das Präsidialkabinett unter dem Reichskanzler Brüning eine parlamentarische Unterstützung unter Ausschluss der SPD und der DNVP zu arrangieren.<sup>28</sup> Die Intention solcher Unterstützungen und Vermittlungen richtete sich darauf, einen antiparlamentarischen Systemwandel im Rahmen und mit den Mitteln der Weimarer Verfassung herbeizuführen, um die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik zu einem staatsautoritären Gebilde mit dem Reichspräsidenten als zentraler politischer Instanz umzubauen. Das vom Reichspräsidenten abhängige Präsidialkabinett Heinrich Brünings entsprach der von Max Habermann<sup>29</sup> mitgetragenen Forderung der Volkskonservativen Vereinigung nach „mehr Macht dem Reichspräsidenten“, d. h. der Forderung nach einer Stärkung der Präsidialgewalt gegenüber Parlament und Parteien. Und sie galt als „legaler Kurs“, mit dem „die Vorbedingung für einen dauerhaften, nicht durch gewaltsame Eingriffe diskreditierten ‚stillen Verfassungswandel‘“ geschaffen werden sollte.<sup>30</sup> Diese gegen den Parteienpluralismus der Weimarer Republik gerichtete Position, die eine (im Detail unklare) ständische Interessenrepräsentation präferierte, mag Max Habermann durch seine Erfahrungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, dem er ein Jahrzehnt (1920–1930) als DHV-Vertreter angehörte, bestätigt gefunden haben.<sup>31</sup>

---

28 Vgl. Albert Krebs: *Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei.* Stuttgart 1959, S. 31–34, 140f.; Jonas: *Die Volkskonservativen 1928–1933*, S. 107f. – Nach dem hohen Stimmenzuwachs der NSDAP in den Septemberwahlen führte Brüning am 5. Oktober 1930 ein Sondierungsgespräch mit Hitler über die Bereitschaft der NSDAP zu einer aktiven Mitarbeit; vermittelt wurde dieses Gespräch anscheinend von Max Habermann, „der seit geraumer Zeit vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband aus eine ‚Rechtsfront‘ von Zentrum bis NSDAP vorzubereiten suchte“, Josef Becker: *Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930–1932*, in: *Historische Zeitschrift* 196 (1963) 1, S. 74–111, hier S. 81, mit Bezug auf Krebs: *Tendenzen und Gestalten der NSDAP*, S. 30.

29 Einen entsprechenden programmatischen, politischen und organisatorischen Einfluss war Habermann als Mitglied des „Volkskonservativen Führerrings“, des Leitungsorgans der Volkskonservativen Vereinigung auf Reichsebene, bemüht auszuüben. Vgl. Jonas: *Die Volkskonservativen 1928–1933*, S. 103. Jonas (S. 143f.) gelangt zu der Einschätzung: „Die Hauptstütze der volkskonservativen politischen Arbeit – finanziell, organisatorisch und personell – war der ‚Deutschnationale Handlungsgehilfenverband‘ (DHV). Vor allem durch seinen Generalsekretär [!] Max Habermann, der gleichzeitig Mitglied des Führerrings der Volkskonservativen Vereinigung war, und durch den Reichstagsabgeordneten Lambach war er maßgeblich an ihr beteiligt.“ Habermann galt neben Kuno von Westarp als „der ‚politische Kopf‘ der Volkskonservativen“, ebd., S. 144, Anm. 1.

30 Ebd., S. 150f.

31 Vgl. Joachim Lilla: *Der vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920–1933. Zusammensetzung – Dokumentation – Biographien. Unter Einschluss des Wirtschaftsbeirats des Reichspräsidenten 1931 und des Generalrats der Wirtschaft 1933 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 17).* Düsseldorf 2012, S. 375; ferner *Der vorläufige Reichswirtschaftsrat 1927–1932.* Hg. vom Büro des vorläufigen RWR. Berlin 1933, S. 306.

Als Spitzenfunktionär des mitgliederstarken und einflussreichen DHV trat Max Habermann trotz der nationalistischen Programmatik des Angestelltenverbandes auch auf internationaler Ebene hervor. Im Rahmen des Gesamtverbandes deutscher Angestelltergewerkschaften gehörte er zu den Initiatoren für die Bildung des Internationalen Bundes christlicher Angestelltenverbände (IBCAV),<sup>32</sup> dessen Vorsitzender er von der Gründung im September 1921 bis Juni 1933 war.<sup>33</sup> Die Bildung der christlichen Angestellten-Internationale reagierte vor allem auf drei Entwicklungen: der IBCAV sollte „ein Gegengewicht (...) gegen die sonst völlig uneingeschränkte Vormachtstellung der freien (sozialistischen) Angestelltenbewegung in allen internationalen Beziehungen“ schaffen; mit Hilfe der Fachinternationale sollte die Mitwirkung in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erreicht und Einfluss auf die internationalen Normierungsbemühungen des Arbeits- und Sozialrechts gewonnen werden; nicht zuletzt gewann die Einsicht Geltung, „dass wichtige sozialpolitische Fragen nur im Zusammenwirken mit anderen Ländern zu lösen sind“.<sup>34</sup> Dennoch wurde, wie es Max Habermann 1928 skizzierte, für christlich-nationalistische und anti-sozialistische Angestelltenverbände zu einem Problem, dass „internationale Verbindungen sozialpolitischer Natur (...) allzu leicht belastet mit der internationalen Ideologie des Marxismus“ gesehen wurden, „die sich in der Vorstellungswelt der sozialistischen Arbeiter meistens zur Leugnung des völkischen Eigenlebens der Nationen ausgewirkt hat, dem eine internationale Klassensolidarität übergeordnet wird.“ Dem setzte Habermann als Ausgangspunkt für die „Entwicklung unseres Bundes“ die „Grundtatsache des nationa-

32 Der Gründung dieser „Fachinternationale“ ging im Juni 1920 in Den Haag die Etablierung des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (IBCG) als Zusammenschluss der nationalen Dachverbände der christlichen Arbeitergewerkschaften voraus. Im Laufe der 1920er Jahre formalisierten sich die Beziehungen zwischen den Berufsinternationalen und dem IBCG in der Weise, dass die Berufssekretariate auf den Kongressen und im Ausschuss (jährlich zwischen den Kongressen tagendes Entscheidungsgremium) des IBCG vertreten sein konnten und sogar über ein beschränktes Stimmrecht verfügten. Vgl. Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften: Die Arbeit der christlichen Gewerkschaftsinternationale 1925–1928. Utrecht 1929, S. 318ff., 453ff.; Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften: Die Arbeit der christlichen Gewerkschaftsinternationale 1928–1932. Utrecht 1932, S. 491f., 567ff.

33 Max Habermann wurde auf dem Gründungskongress (22. September 1921) als Vertreter des mitgliederstärksten Verbandes zum Vorsitzenden gewählt und von den folgenden Kongressen (1925 in Luzern, 1927 in Amsterdam und 1929 in München) bestätigt. Nach dem Verlust seiner Position im Vorstand („Verwaltung“) des DHV und der Auflösung der Gedag (Anfang Mai 1933) entfielen für ihn die organisatorische Voraussetzung für seine Position als Vorsitzender der christlichen Angestellten-Internationale. Offiziell legte er diese Funktion am 26. Juni 1933 nieder, vgl. Internationaler Bund Christlicher Angestelltenverbände: Geschichte, Programm, Organisation. Hamburg 1962, S. 3.

34 Gustav Schneider: Internationale Angestelltenbewegung, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Hg. von Ludwig Heyde. Bd. 1. Berlin 1931, S. 797–802, hier S. 800.

len Eigenlebens der Völker“ entgegen, basierend auf den „Ewigkeitswerten“ des christlichen Glaubens.<sup>35</sup> Programmatisch blieb das internationale Engagement des DHV der nationalen Gewerkschaftspolitik untergeordnet. Praktisch unterstützte er die erfolgreichen Initiativen, in der ILO die Interessen der Angestellten stärker zur Geltung zu bringen. Gegenüber seinen Mitgliedern ging der DHV mit seinem internationalen Engagement jedoch sehr reserviert um.

Bereits diese skizzenhafte Auflistung der verschiedenen Positionen und Aufgabenbereiche Max Habermanns während der Weimarer Republik weist auf einen beachtlichen gesellschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Einfluss hin. Mit Blick auf diesen beachtlichen (potentiellen) Einfluss wurde er nach dem Verlust seiner DHV-Funktionen und nach der Abwendung vom NS-Regime als Kooperationspartner für Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner von Interesse.

#### IV.

Da Max Habermann Spitzenfunktionär eines – wie bemerkt – explizit antisemitischen Angestelltenverbandes mit hoher Affinität zum Nationalsozialismus in der Endphase der Weimarer Republik war, bedarf es zumindest auch einer kurzen Erörterung der von ihm vertretenen ideologischen Position. Diese bildete aber offensichtlich – das kann vorweg festgestellt werden – für die Kooperation der drei ehemaligen Gewerkschafter während der NS-Zeit kein Hemmnis.

Von Gerhard Beier wurde Max Habermann als ein „alter Antisemit“ charakterisiert, der „zum gewerkschaftlichen Widerstand über[ging], als er die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren konnte“<sup>36</sup>. Weder Annedore Lebers<sup>37</sup> kurze Habermann-Biographie in „Das Gewissen Entscheidet“ noch die biographische Skizze zu Max Habermann, die Elfriede Nebgen in ihrer Jakob-Kaiser-Biographie<sup>38</sup> anbietet, teilen Beiers Auffassung. Nebgen sieht Max Habermann „konservativ in Gesinnung und Haltung, von der tiefen Gläubigkeit eines evangelischen Christen geprägt, dazu ausgestattet mit einem ausgesprochenen Zug von vergeistigter Lebensbejahung“.<sup>39</sup>

Der DHV legte seit seiner Gründung im Jahr 1893 in Hamburg in seiner Satzung fest, dass „Juden und in einem bewussten Gegensatz zum Deutschtum stehende Angehörige anderer Nationen oder Rassen (...) keinerlei Mitglieder-

---

35 Internationaler Bund Christlicher Angestelltenverbände: Mitteilungen, 1928, Nr. 1, S. 1 f.

36 Beier: Die illegale Reichsleitung, S. 38.

37 Leber: Das Gewissen entscheidet, S. 100–102.

38 Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 50ff.

39 Ebd., S. 50, und ihre Charakterisierung, ebd., S. 96.

rechte erwerben“ können.<sup>40</sup> Begleitet war der Ausschluss von Juden durch eine in ihrer Deutlichkeit und Aggressivität nicht zu übersehende antisemitische Propaganda und Kulturpolitik der Angestelltenorganisation.<sup>41</sup> Es ist unwahrscheinlich, dass ein Spitzenfunktionär des Verbandes, der bis 1933 mehr als zwei Jahrzehnte hauptamtlich für den DHV gearbeitet und dessen Politik und Propaganda mitgestaltet hatte, dessen antisemitische Tradition und Politik nicht teilte und sich von dessen ideologischer Ausrichtung distanzierte, wie es Elfriede Nebgen vermutete.<sup>42</sup> Einer der wenigen überlieferten autobiographischen Texte Max Habermanns, welcher im „Jahrbuch für den Deutschnationalen Kaufmannsgehilfen“ des DHV von 1927 zu finden ist,<sup>43</sup> kann hier weiterhelfen.

Max Habermann ging hier u. a. auf seine literarische Bildung ein, die er während seiner Lehrzeit und seiner ersten Anstellung als Buchhändler erfuhr. Sehr spöttisch stellte er fest: „In unserem Geschäft [während der Ausbildungszeit] wurde viel ‚moderne‘ Literatur gekauft. Alles was von der Jahrhundertwende an durch den Verlag S. Fischer in Berlin an jüdischen Geistesgrößen auf das deutsche Volk losgelassen wurde, kam durch meine Hände. Namen wie Felix Holländer und Jacob Wassermann wurden damals gerade in Mode gesetzt.“<sup>44</sup> Für seine „innere Entwicklung“ entscheidend sah Max Habermann die Rezeption der „viel verlästerte[n] *Geschichte der deutschen Literatur* von Adolf Bartels“ an<sup>45</sup>: „Durch sie wurde mir zum erstenmal der Blick für das Ganze der deutschen Geistesentwicklung geschärft und in mei-

40 So die Formulierung des § 7 in der Neufassung aufgrund der Statutenänderung des Stuttgarter Verbandstages des DHV im Jahr 1909, in: Fricke/Fritsch: Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, S. 457–475, hier S. 460. In der Fassung von 1893, dem Gründungsjahr des DHV, lautete der entsprechende Paragraph 2: „Mitglied kann jeder unbescholtene Handlungsgehilfe werden, jedoch sind Juden und nachweislich von Juden abstammende Personen von der Aufnahme ausgeschlossen“, zitiert nach Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 53.

41 Vgl. hierzu mit vielen Hinweisen Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft.

42 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 96; sie charakterisiert Habermann „fern von völkischer und nationalistischer Haltung, wie sie manchen Vertretern seiner damaligen Organisation eigen war“.

43 Max Habermann: Wie ich zum Verbands kam, in: DHV: Jahrbuch für Deutschnationale Kaufmannsgehilfen 1927, 26. Jahrgang, S. 49–53.

44 Ebd., S. 50.

45 Zur Literaturgeschichte Adolf Bartels vgl. die lesenswerte und amüsante Rezension von Ignaz Wrobel (Kurt Tucholsky): Herr Adolf Bartels, in: Die Weltbühne, Nr. 12, 23. März 1922, S. 291, in der es fast resignierend heißt: „Das wird gekauft; daraus schöpfen Hunderttausende ihre Kenntnis von der Literatur des eigenen Landes; ein solch liederliches, törichtes und unwissenschaftliches Geschmier vertreibt der [Leipziger H. Haessel-]Verlag.“ Vgl. auch Volkhard Knigge: Professor Bartels' Bücher. Nicht nur Goethe, Liszt und Bauhaus: Zu Weimar gehört auch Adolf Bartels, einer der einflussreichsten Propheten des Nationalsozialismus, in: Die Zeit, Nr. 47, 11. November 2004.

nem Herzen der Stolz auf die geistigen Leistungen unseres Volkes entfacht. Adolf Bartels“; so Habermann weiter, „zog aber auch den Schleier fort von dem Einbruch des Judentums in die deutsche Geisteswelt angefangen bei Heine, Börne, Rahel Levin<sup>46</sup> und endigend mit den Allerneusten aus dem ‚modernen‘ Verlag S. Fischer.“ Es fehlt hier auch nicht der Hinweis auf den später so genannten Berliner Antisemitismus-Streit, indem das ebenso beliebte wie nachhaltig verfälschte und aus dem Zusammenhang gerissene Mommsen-Zitat von Habermann aufgegriffen wird, indem er lakonisch bemerkte: „Als ich anfang selbst zu denken, wurde ich gleich auf das Judentum als ‚Ferment der Dekomposition‘ gestoßen, wie es einmal der große Historiker Mommsen genannt hat.“<sup>47</sup> Zu dieser ideologisch-politischen Orientierung zählte für ihn auch – zumindest hielt er es in seiner autobiographischen Skizze für erwähnenswert –, dass er noch während seiner ersten Anstellung in einer Buchhandlung mit Joseph Arthur de Gobineaus „Essay über die Ungleichheit der Menschenrassen“ bekannt wurde und die Parteigründung des antisemitischen Publizisten Max Liebermann von Sonnenberg wahrnahm.

Es mag dahingestellt sein, ob Max Habermann diese ideologisch-politische Bildung in dieser Weise und mit dieser bemerkenswerten antisemitischen Einseitigkeit in den wenigen Jahren nach der Wende zum 20. Jahrhundert tatsächlich erlebte oder ob hier nicht ein Selbstbild entworfen wurde, das den jungen Buchhändler ziemlich geradlinig zum DHV und zu dessen deutschnationalem und antisemitischem Politik- und Gesellschaftsverständnis gelangen ließ. Hinsichtlich der späteren Charakterisierungen Max Habermanns, wie sie oben erwähnt wurden, mag es keinen Anlass geben, über seinen „völkisch-kulturellen“ Antisemitismus in Zweifel zu bleiben. Dieser „völkisch-kulturelle“ Antisemitismus hatte bekanntlich eine durchaus gesellschaftspolitische Dimension, indem er die intellektuelle und politische Akzeptanz für den Rassismus des Nationalsozialismus vorbereitete.

In seiner Manuskript gebliebenen Geschichte des DHV drückte es Max Habermann 1934 dann so aus: „In ihrer Ablehnung des jüdischen Einflusses, im leidenschaftlichen Kampf gegen den Marxismus und in einer durch und durch sozialen Haltung deckten sich die Grundlagen des Nationalsozialismus mit dem Gesetz, nach dem der DHV angetreten war.“<sup>48</sup> Oder mit mehr phrasenhaftem Pathos: Bezogen auf den Nationalsozialismus sei der DHV „am meisten

---

46 Gemeint ist Rahel Varnhagen von Ense, geb. Levin.

47 Habermann: *Wie ich zum Verbands kam*, S. 51; vgl. auch Walter Boehlich (Hg.): *Der Berliner Antisemitismusstreit*. Frankfurt/Main 1965; ferner Karsten Krieger (Hg.): *Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Eine kommentierte Quellenedition im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung*. München 2003.

48 Max Habermann: *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich 1918–1933. Ein Zeugnis seines Wollens und Wirkens*, Ms., Februar 1934, S. 65; es

Fleisch von seinem Fleisch und Blut von seinem Blut“<sup>49</sup>. In dieses Bild passt es, wenn die freien Gewerkschaften unter dem Einfluss eines „artfremden Literatentum[s]“ gesehen wurden, während für den DHV hervorgehoben wurde, dass er sich „ohne den Beistand eines artfremden Lehrgebäudes und ohne jüdisches Ressentiment“ hatte entwickeln können.<sup>50</sup> Zu einer ähnlich pointierten Formulierungen fand Habermann in seiner DHV-Geschichte, in der er hervorhob, dass die sozialistische Angestelltenbewegung nach dem Weltkrieg „unter die Fuchtel des (...) Juden Aufhäuser“ geriet.<sup>51</sup>

Bei genauerer Betrachtung der Publikationen Max Habermanns ist nicht zu übersehen, dass sein „völkisch-kultureller“ Antisemitismus<sup>52</sup> nicht nur mit einer gegen die Moderne gerichteten Zivilisationskritik verbunden war, sondern auch mit antiparlamentarischen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen einhergingen, die Stand – Staat – Volk – und Nation verbanden. In „Stand und Staat“<sup>53</sup>, einer programmatischen Schrift von 1931, entwickelt Habermann ein gegen die „Massendemokratie“ der Weimarer Republik, gegen Parteien und Parlamentarismus gerichtetes organisistisches Gesellschafts- und Staatsverständnis.<sup>54</sup> In dessen Mittelpunkt stehen als „Organe einer natürlichen Volksordnung (...) die Stände, in die das soziale Leben der Nation gespannt“ sei.<sup>55</sup> Eine in Stände gegliederte Gesellschaft bedurfte bei Habermann eines starken Staates, der die Stände „in seine Zucht nehmen kann“. Ziel dieser Konstruktion sollte es sein, „aus dem Massenvolk der Zivilisation ein Staatsvolk zu machen,

---

handelt sich bei dieser Darstellung um ein Typoskript, von dem sich eine Fassung (Abschrift) im Archiv des heutigen DHV in Hamburg befindet.

- 49 Habermann: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich, S. 79.
- 50 Max Habermann: Stand und Staat. Eine Rede an die junge Mannschaft des DHV. Hamburg 1931, S. 19.
- 51 Habermann: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich, S. 12, 53. – In dieser Publikation finden sich eine Vielzahl antisemitischer Formulierungen, mit denen Habermann den DHV bewusst in die Nähe der nationalsozialistischen Bewegung zu stellen bemüht war. Diese DHV-Geschichte ist der Versuch einer Loyalitätserklärung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, indem die Gemeinsamkeit zwischen DHV und NS-Bewegung hervorgehoben und zugleich ein als zwangsläufig gedeutetes Scheitern des DHV begründet wird.
- 52 Zur Form des Antisemitismus des DHV in der Weimarer Republik vgl. Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 157–167, Zitat S. 165; auch Heinrich August Winkler: Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus als „Blitzableiter“, in: Wolfgang Benz/Werner Bergmann (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus. Bonn 1997, S. 341–362, hier S. 354f.
- 53 Habermann: Stand und Staat; ferner Habermann: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich. – Zu „Stand und Staat“ vgl. Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 246ff.
- 54 In seiner DHV-Geschichte (S. 20) pointiert Habermann diese Position dahin: „Aus den vielen Zeugnissen des DHV von 1919 bis 1933 lässt sich seine Geringschätzung des demokratischen Parteienregiments beweisen.“
- 55 Habermann: Stand und Staat, S. 8.

indem alle Kräfte letzten Endes hingeführt werden auf das eine Ziel: Größe und Ehre des deutschen Volkes und des deutschen Staates.“<sup>56</sup>

Die hier nur skizzierte Staats- und Gesellschaftsvorstellung Max Habermanns fand gegen Ende der Weimarer Republik eine Entsprechung in der erwähnten Unterstützung für Brüning's Präsidiakabinett und in der Förderung der VKV/KVP. Beides war auf einen „stillen Verfassungswandel“ gerichtet und sollte die Präsidiengewalt gegenüber Parlament und Parteien stärken.

## V.

Obwohl Max Habermann bis 1933 darum bemüht war, die Kooperationsbereitschaft des DHV gegenüber der NSDAP und die ideologische Affinität zum Nationalsozialismus herauszustellen, ohne indes die organisatorische und politische Eigenständigkeit des Angestelltenverbandes in Frage stellen zu lassen, gelang es ihm nicht, sich der personellen „Gleichschaltung“ des Handlungshilfen-Verbandes zu entziehen.<sup>57</sup> Neben anderen DHV-Spitzenfunktionären wurde auch Max Habermann am 9./10. April 1933 auf Geheiß der NSDAP von der Führung des Verbandes ausgeschlossen. Um seinen weiteren Einfluss auf den DHV zu unterbinden, wurde ihm Hausverbot erteilt und den Mitarbeitern und Funktionären des Verbandes der Kontakt mit ihm untersagt.<sup>58</sup> Er erlebte dieses Verbot, wie er in einem Brief an den Schriftsteller Erwin Guido Kolbenheyer zum Ausdruck brachte, als soziale Isolierung: „Da sich seit 28 Jahren mein ganzer menschlicher Verkehr im Rahmen meines Arbeitskreises abspielt, trifft dieses Verbot so ungefähr alle Menschen, die mir irgendwie wichtig sind.“ Angesichts seines langjährigen Engagements für den „völkischen Auf-

---

56 Ebd., S. 30.

57 Zur Gleichschaltung des DHV im April 1933 vgl. Michael Prinz: Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit. München 1986, S. 65–77, 92–129; ferner Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 261–267. – Trotz der ideologischen Nähe des DHV zur NSDAP war der Vorstand des Angestellten-Verbandes bemüht, innerhalb des Verbandes den Einfluss der NSDAP und der NSBO zu begrenzen und zu kontrollieren. Insbesondere in der Schlussphase der Weimarer Republik vertrat die DHV-Verwaltung (u. a. Hans Bechly und Max Habermann) bei einigen wichtigen politischen Fragen andere Positionen als die NSDAP. Zu einem lange nachwirkenden Konflikt mit der NSDAP führte das Votum von DHV-Spitzenfunktionären (v. a. Hans Bechly) im Jahr 1932 für die Wiederwahl Paul von Hindenburgs als Reichspräsidenten, während die NSDAP Adolf Hitler nominiert hatte. Bemerkenswert ist auch die geringe Bereitschaft von DHV-Spitzenfunktionären bis 1933, Mitglied der NSDAP werden zu wollen.

58 Krebs: Max Habermann – eine biographische Studie, S. 69; Brief von Max Habermann an Erwin Guido Kolbenheyer, 12. Juli 1933, in: Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 173, Anm. 93; Brief auch im Kolbenheyer-Archiv.

bau“ stand Habermann dieser Situation fassungslos gegenüber und fühlte sich „vogelfrei“.<sup>59</sup>

Auch finanziell geriet Max Habermann mit seiner acht-, seit 1934 neunköpfigen Familie unter Druck. „Ein Jahr“ blieb die Familie „ohne jegliches Einkommen“.<sup>60</sup> Anscheinend erst eine Intervention von Rudolf Hess in seiner Funktion als „Stellvertreter des Führers“ trug dazu bei, dass die ausstehenden Gehalts- und kapitalisierten Pensionsansprüche Max Habermanns an den DHV Anfang 1934 mit einer Zahlung von 50.000 RM abgegolten wurden.<sup>61</sup> Diese Abfindung erlaubte es der Familie, einige Zeit auch ohne neue Einkommensquelle auszukommen. Max Habermann zögerte etwa zwei Jahre, bevor er begann, für sich und für den Unterhalt seiner Familie eine neue berufliche Existenz aufzubauen.

In dieser Zeit des Abwartens mag es für ihn wichtig gewesen sein, dass er seine Erwartungen an eine Abschwächung der Radikalität des Regimes und an dessen Normalisierung enttäuscht sah. Nach dem erzwungenen Ausscheiden aus dem DHV war er anfangs bemüht gewesen, seine politische Rehabilitation zu erreichen. Er stand dem NS-Regime keineswegs ablehnend gegenüber, sondern sah in ihm, wie er 1934 in seiner Geschichte des DHV erkennen lässt, den gegen die Weimarer Republik gerichteten, von ihm erhofften und erstrebten politischen Neuanfang. Er hatte in diesem Manuskript, das vor allem der Rechtfertigung des Verbandes vor dem Nationalsozialismus und seiner – ihm allerdings verweigerten – persönlichen Rehabilitation dienen sollte, im DHV und in der nationalsozialistische Bewegung „wesensgleiche Ansätze“ gesehen.<sup>62</sup>

59 In dem erwähnten Brief an Kolbenheyer vom 12. Juli 1933 stellte Habermann die von politischer Orientierungslosigkeit zeugende Frage: „Warum ist ein Mann, der 28 Jahre am völkischen Aufbau mitgearbeitet hat, vogelfrei?“.

60 Anna Habermann: „Lebenslauf“, beigelegt dem „Fragebogen“ vom 15. Juli 1945 für den Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“, in: Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 254.

61 Vgl. die Angaben in: Krebs: Max Habermann – eine biographische Studie, S. 70; auch Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 172, gestützt auf einen Brief von Stapel an Kolbenheyer, 8. Mai 1934, danach sollen Wilhelm Stapel und Benno Ziegler sich bei Rudolf Hess für die Abfindung an ehemalige Vorstandsmitglieder des DHV eingesetzt haben. Ferner Schreiben von Heinrich Simon, Oberste Leitung der PO [NSDAP], Stabsleiter, München, 26. Januar 1934, an Otto Marrenbach, Deutsche Arbeitsfront, Berlin; in diesem Brief ein Hinweis auf ein „Schreiben des Stellvertreters des Führers vom 19.1.1934 betr. Habermann“, sowie die Antwort von Otto Marrenbach, DAF, Zentralbüro, 29. Januar 1934, in: Akten der Partei-Kanzel der NSDAP, in der Datenbank „Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933-1945“, in: <http://db.saur.de/DGO/bsicFullCitation-View.jsf?documentId=APK-008679> (Abruf: 6. Mai 2013). – Nach den Angaben von Lokatis beschränkte sich diese Abfindung nicht auf Max Habermann, sondern wurde auch den anderen 1933 entlassenen Mitgliedern der Verwaltung (Vorstand) des DHV gewährt.

62 Habermann: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich, S. 65.



Die Erwartung, in absehbarer Zeit innerhalb der vom Nationalsozialismus beherrschten Gesellschaft wieder eine einflussreiche Position in der Angestelltenbewegung erlangen zu können,<sup>63</sup> erwies sich als unrealistisch. Angeblich brachte ihn die Mordaktion des Regimes gegen den vermeintlichen Röhmputsch Ende Juni 1934 zu einer neuen Einschätzung der politischen Lage und der Entwicklungsrichtung des NS-Regimes.<sup>64</sup> Der „Röhmputsch“ hatte ihm vor Augen geführt, dass die von ihm zunächst akzeptierten „Härten“ der nationalsozialistischen „Revolution“ sich nicht allein gegen politische Gegner richteten, die auch er im Rahmen der Möglichkeiten, die der DHV bot, bekämpft hatte. Im Verlauf der Aktion gegen die SA-Führung wurden auch (oppositionelle) national-konservative Kräfte gezielt erfasst,<sup>65</sup> von deren politischen Einflussnahmen Habermann eine Normalisierung, Mäßigung und Transformation des NS-Regime erwartet hatte.

Eine neue berufliche Perspektive, unabhängig vom DHV und der Deutschen Arbeitsfront, war für ihn – wie für zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre der Weimarer Republik – nur durch eine eigene Unternehmung möglich. Mit der Gründung der Bott KG im März 1935 vollzog Max Habermann nicht nur eine berufs- und einkommensmäßige Neuorientierung. Mit der Firmengründung wurde zumindest symbolisch auch eine Distanzierung von den politischen Perspektiven des NS-Regimes vollzogen. Es wäre aber sicherlich übertrieben, anzunehmen, dass mit diesem Schritt bereits eine bewusste Entscheidung getroffen wurde, sich gegen den nationalsozialistischen Staat zu stellen und sich an Aktivitäten zu beteiligen, die auf den Sturz des Regimes gerichtet waren oder zumindest Vorbereitungen für eine Situation nach dessen Überwindung trafen. Die Gründung der Bott KG war vor allem eine lebenspraktische Entscheidung, um ein ausreichendes Einkommen für die Familie zu erwirtschaften.<sup>66</sup> Die anfangs mit Sitz in Hamburg gegründete Firma Bott KG (Bott Büro-Organisation) war auf den Verkauf von Büromaterial, Büromöbel und Büromaschinen an

---

63 Vgl. die von Max Habermann in einem Brief an seine Frau, 9. Mai 1933, geäußerte Annahme, dass die nationalsozialistische „Revolution“ im Grunde die Intentionen des DHV bestätigen würde; mit geringem Verständnis für seine Ausweisung aus dem DHV der oben erwähnte Brief Habermanns an Erwin Guido Kolbenheyer vom 12. Juli 1933.

64 Zu Habermanns Wahrnehmung des NS-Regimes als „Gewaltstaat“ vgl. Leber: Das Gewissen entscheidet, S. 100.

65 Berührt haben dürfte Habermann insbesondere die Ermordung von Kurt von Schleicher und dessen Frau, aber auch die Flucht von Heinrich Brüning (Mai 1934) und Gottfried Treviranus (unmittelbar nach dem 30. Juni 1934) ins Ausland, um jeweils drohenden Repressionen zu entgehen.

66 Mit welchen Schwierigkeiten seitens des NS-Regimes auch andere ehemalige Spitzenfunktionäre des DHV konfrontiert waren, wenn sie sich nach dem erzwungenen Ausscheiden aus dem DHV eine neue Berufsperspektive schaffen mussten, zeigen die Probleme, mit denen Otto Gerig konfrontiert war, vgl. Peter Rütters: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und der Nationalsozialismus, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 16 (2009), S. 81–108, hier S. 97–101.

Großabnehmer spezialisiert. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit bildete der Verkauf von Papierwaren.<sup>67</sup> Max Habermann war einziger persönlich haftender Gesellschafter (Komplementär) der Firma, während der Namensgeber, Karl Bott, ebenfalls ein ehemaliges Mitglied des Vorstandes des DHV, der 1933 im Zuge der Gleichschaltung der Angestelltenorganisation seinen Posten räumen musste, nur nominell Kommanditist der Firma war. Er hatte, wie es Max Habermann in seinem Testament vom 1. August 1944 ausführte, seine Beteiligung an der Firma „niemals eingezahlt“.<sup>68</sup> Da Max Habermann seine beruflichen und sozialen Beziehungen über lange Zeit auf den DHV konzentriert hatte, war es für ihn naheliegend, Mitarbeiter für die Bott KG unter ehemaligen DHV-Angestellten zu suchen<sup>69</sup> und einen Teil seiner Geschäftskunden über Verbindungen zu gewinnen, über die er aufgrund seiner ehemaligen DHV-Tätigkeit verfügte.<sup>70</sup> Dass einige dieser Verbindungen über ein einfaches Beschäftigungs- und Geschäftsverhältnis hinausgingen, zeigt ein Ende 1937 eröffnetes Ermittlungsverfahren gegen August Bratvogel, Lothar Gebke, Ernst Kettembeil, Friedrich Holzapfel und Max Habermann wegen der Verbreitung einer kritischen Denkschrift zum Vierjahresplan.<sup>71</sup>

- 
- 67 Vgl. die Gewerbeanmeldung für Max Habermann als „Kaufmann (Großhandel m. Papier und Bürobedarf)“, in: Hansestadt Hamburg, Gewerbeamt II, Auszug aus dem Verzeichnis der Gewerbeanmeldungen, Hamburg, 30. September 1946, in: Staatsarchiv Hamburg: 351-11, Sign. 53884 (Wiedergutmachungsakte Anna Habermann), Bl. 5; Krebs: Max Habermann – eine biographische Studie, S. 69f.; Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 138 und 173.
- 68 Handschriftlich verfasstes „Testament“, Berlin 1. August 1944, in: Privatarchiv Günther Habermann. – Im Testament werden noch weitere Gesellschafter (Kommanditisten) genannt: Julius Herrmann (Stuttgart), Emil Koppelt und Eugen Wirsching (Bremen?) sowie Fritz Hirth (Berlin) als ehemaliger Teilhaber, der 1944 als eigene Firma die Bott Büro-Organisation Hirth KG besaß.
- 69 Schon 1935 wurde der Wirkungsbereich des Unternehmens über Hamburg hinaus ausgedehnt. So war (u. a.?) von Juli 1935 bis September 1936 Lothar Gebke, ein ehrenamtlicher DHV-Funktionär, der von April 1932 bis Juni 1935 beim DHV bzw. der Nachfolgeorganisation Deutsche Angestelltenschaft beschäftigt war, als Bezirksvertreter in Bielefeld für die Firma Bott Büro-Organisation tätig (vgl. Landesarchiv NRW Rheinland, NW 1062, Nr. 849 [Entnazifizierungsakte Lothar Gebke]: Fragebogen, S. 4). Ob damit tatsächlich Verbindungen unter den ehemaligen DHV-Funktionären aufrechterhalten werden sollten, wie es Gebke 1946 herausstellte, lässt sich kaum überprüfen.
- 70 Hierzu die Hinweise bei Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 138 und 173, auf Verbindungen zur Hanseatischen Verlagsanstalt, die von Benno Ziegler, einem Vertrauten Max Habermanns, bis 1945 geleitet wurde. Geschäftsverbindungen bestanden auch zur „Gemeinnützigen Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten“ (GAGFAH), mit deren Generaldirektor, Arnold Knoblauch, Max Habermann seit den 1920er Jahren bekannt war.
- 71 Vgl. Schreiben Oberstaatsanwalt, Bielefeld, an den Reichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin, 22. Februar 1938, 5 Js.Pol.128/38, Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Buchdrucker August Bratvogel aus Halle i.W. und Andere wegen Verbrechens gegen § 90f. StGB, in: BArch, VGH/Z-B 488, Bl. 2-4. – Mit dem (zweiten) Vierjahresplan von 1936 sollte „die deutsche Armee (...) in 4 Jahren einsatzfähig“ sein und die „deutsche Wirtschaft (...) kriegsfähig“; ökonomisch richtete sich das Programm auf Autarkie und

Seine politische Neuorientierung nach dem 30. Juni 1934 ließ Max Habermann Anfang 1935 Kontakt mit Jakob Kaiser in Berlin aufnehmen. Es dürfte aber sicherlich überinterpretiert sein, die Verlegung des Geschäftssitzes der Bott KG im Oktober 1936 nach Berlin und den im Dezember 1936 folgenden Umzug der gesamten Familie von Hamburg nach Berlin als unmittelbare Folge dieser Neubewertung der politischen Perspektive des NS-Regimes zu verstehen. Die Bott KG für Büro-Organisation war in erster Linie ein solides Unternehmen, mit dem es dem ehemaligen DHV-Funktionär gelang, ein einigermaßen sicheres Einkommen für seine große Familie zu erwirtschaften. Als Tarnung für Widerstandsaktivitäten dürfte das Geschäft gar nicht oder bestenfalls marginal gedient haben.

## VI.

Elfriede Nebgen erwähnt in ihrer Jakob Kaiser-Biographie, dass Max Habermann Anfang 1935 Kontakt mit Jakob Kaiser aufnahm und sich seit 1936 an den Diskussionen und Planungen von Kaiser und Wilhelm Leuschner über eine Neuordnung der Gewerkschaften nach einer Überwindung des NS-Regimes beteiligte.<sup>72</sup> Kaiser, Leuschner und Habermann bildeten seit dieser Zeit einen Diskussionskreis, der sich im Laufe der Zeit für andere ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre und Regimekritiker öffnete. Jeweils eigenständig unterhielten der Zentrumsmann und christliche Gewerkschafter Kaiser und der Sozialdemokrat und ADGB-Spitzenfunktionär Leuschner Verbindungen zu Personen ihres jeweiligen früheren gewerkschaftlichen und politischen Wirkungskreises.<sup>73</sup>

Über welche Verbindungen Max Habermann seit Mitte der 1930er Jahre verfügte und welche Bedeutung diesen beizumessen ist, ist nur in Ansätzen bislang bekannt. Welche *oppositionelle Relevanz* beispielsweise die erwähnte Verbindung Max Habermanns zu August Bratvogel aus Halle i. W., Friedrich Holzapfel, Ernst Kettembeil und Lothar Gebke aus Bielefeld hatte, gegen die Ende 1937 ein Ermittlungsverfahren vom Oberstaatsanwalt in Bielefeld „we-

---

stellte die Aufrüstung in den Mittelpunkt, vgl. „Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936“, mit einer Vorbemerkung von Wilhelm Treue, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3 (1955) 2, S. 184–210, hier S. 210; zur Autarkiepolitik vgl. Dietmar Petzina: Autarkiepolitik im Dritten Reich: Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Stuttgart 1968.

72 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 50ff.

73 Die Verbindungen, die Jakob Kaiser zu ehemaligen christlichen Gewerkschaftsfunktionären bis Anfang der 1940er Jahre unterhielt, beruhten vor allem darauf, dass er es übernommen hatte, gegenüber der DAF und der Reichsfeststellungsbehörde die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Ansprüche für ca. 600 christliche Gewerkschaftsfunktionäre zu vertreten. Zu Leuschners Verbindungen siehe die in Anm. 2 angegebene Literatur.

gen Verbrechens gegen § 90 f. StGB<sup>74</sup> eröffnet und 1939 eingestellt wurde, ist auf der Grundlage der bekannten Akten nicht zu klären. Eröffnet wurde das Verfahren, weil die Beschuldigten eine kritische Denkschrift zum Vierjahresplan der nationalsozialistischen Reichsregierung weitergegeben und anscheinend auch vervielfältigt hatten.<sup>75</sup> Ob es häufiger zur Weitergabe und Verbreitung solcher Schriften kam, wie zielgerichtet der Informationsaustausch zwischen den im Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft Beschuldigten verlief, ob die Verbindungen untereinander festere Strukturen und Regelmäßigkeit hatte und ob gemeinsame Ziele verfolgt wurden und welche Einstellung die Beteiligten 1937 und 1938 zum NS-Regime hatten, lässt sich anhand des Ermittlungsberichts und überlieferter Berichte der Gestapo an die Gauleitung der NSDAP Westfalen-Nord nicht beurteilen.

Mit Ernst Kettembeil war Max Habermann befreundet und aufgrund dessen Funktionen im DHV verbunden. Die freundschaftliche Beziehung erlaubte es ihm, nachdem das Stauffenberg-Attentat auf Hitler gescheitert war, sich Anfang August 1944 auf der Suche nach einer sicheren Unterkunft vertrauensvoll an Kettembeil zu wenden. Nicht einschätzen lässt sich, ob der Behauptung von Friedrich Holzapfel<sup>76</sup> Substanz beizumessen ist, dass Max Habermann „hier in Westfalen eine sehr schlagkräftige Organisation aufgebaut“ habe, „so dass wir hier in Westfalen bei einem anderen Ausgang des 20. Juli sofort hätten aktiv werden können“.<sup>77</sup> Auch die von Lothar Gebke – er war, wie bemerkt, 1935/36 als ehemaliger DHV-Angestellter von Max Habermann in der Bott KG be-

74 Schreiben Oberstaatsanwalt, Bielefeld, an den Reichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin, 22. Februar 1938, 5 Js.Pol.128/38, Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Buchdrucker August Bratvogel aus Halle i. W. und Andere wegen Verbrechens gegen § 90f. StGB, in: BArch, VGH/Z-B 488, Bl. 2–4, hier S. 1. Die Paragraphen 90 und 90a des StGB betreffen zu dieser Zeit Delikte wegen Landesverrats.

75 Nach dem Ermittlungsbericht des Bielefelder Oberstaatsanwaltes ging die Verbreitung der Denkschrift in Bielefeld von Max Habermann aus. In seiner Vernehmung hatte Habermann angegeben, dass er die Denkschrift „im Juli 1937 anonym mit dem Poststempel Duisburg zugesandt erhalten“ hatte und an Ernst Kettembeil weitergab. Von Kettembeil und Friedrich Holzapfel wurde die Denkschrift vervielfältigt und weitergegeben, was den Oberstaatsanwalt zu der Wertung veranlasste, dass „das Merkmal Öffentlichkeit“ als Voraussetzung für die Anwendung des § 90f. StGB „wohl gegeben sein“ dürfte. Ebd., S. 2 und 4.

76 Die Beziehung zwischen Friedrich Holzapfel und Max Habermann hatten eine parteipolitische Basis durch die Mitgliedschaft Holzapfels in der DNVP, der Konservativen Volkspartei und dem Zentrum, mit denen der DHV u. a. über Max Habermann kooperierte. Zu Friedrich Holzapfel siehe den Aufsatz von Beckmann: Friedrich Holzapfel (1900–1969), S. 129–157.

77 Friedrich Holzapfel im Februar 1946 in einen Brief an den Konstanzer „Südkurier“, zitiert in: Beckmann: Friedrich Holzapfel (1900–1969), S. 136. Vgl. auch Ulrich: Wilhelm Leuschner, S. 154f., der mit Bezug auf ein Schreiben von Arthur Ladebeck aus dem Jahr 1950 regelmäßige Verbindungen von Leuschner und Habermann zu ihm, Ladebeck, und Kettembeil in Bielefeld erwähnt.

schäftigt worden – im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens aufgestellte Behauptung, dass mit solchen Anstellungen die Verbindungen unter den ehemaligen DHV-Funktionären aufrechterhalten werden sollten,<sup>78</sup> lässt sich bislang nicht weiter bestätigen.

Ohne Zweifel hatte Max Habermann auch nach seinem erzwungenen Ausscheiden aus dem DHV Verbindungen zu ehemaligen DHV-Funktionären und zu Personen, mit denen er über seine DHV-Funktionen in Verbindung gestanden hatte. Ob solche Beziehungen, beispielsweise zu Benno Ziegler<sup>79</sup>, Leiter der Hanseatischen Verlagsanstalt, dem ehemaligen DHV-Verlag, zu Arnold Knoblauch<sup>80</sup>, Generaldirektor der Wohnungsbaugesellschaft GAGFAH, deren Hauptaktionär der DHV bis Anfang der 1930er Jahre war, oder zu Karl Hahn<sup>81</sup>, bis 1933 persönlicher Referent von Max Habermann, als eine Art regime-oppositionelles „Netzwerk“ anzusehen sind, bleibt gleichwohl fraglich.

## VII.

Wie eingangs bemerkt, wird die Verständigung über den Aufbau einer richtungsübergreifenden Einheitsgewerkschaft nach dem Ende des NS-Regimes und damit der Verzicht auf eine Rückkehr zu parteipolitisch und weltanschau-

---

78 Landesarchiv NRW Rheinland, NW 1062, Nr. 849 (Entnazifizierungsakte Lothar Gebke): Fragebogen. In einer Anlage zum Fragebogen (ebd.), zu den Fragen 41 und 115, bemerkte Gebke: „Nach der Auflösung der DHV-Organisation (...) war ich als Vertreter der Bott Büro-Organisation (Inhaber: Max Habermann) im Bezirk Bielefeld tätig, hielt dort die Verbindung mit alten DHV-Anhängern aufrecht, und war gleichzeitig Sekretär des Herrn Ernst Kettembeil, Bielefeld. Kettembeil war ein Freund und enger Mitarbeiter Habermanns und versuchte, im Bielefelder Gebiet antifaschistische Kräfte aus verschiedenen Lagern zusammenzuführen.“

79 Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 172, charakterisiert die Beziehung wie folgt: „Ziegler (...) war alter Kriegskamerad und engster Vertrauter Habermanns. Nach dessen Sturz und dem Zusammenbruch des alten DHV wuchs er aber bald über die bloße Stathalterrolle hinaus.“ – Folgt man dem Briefwechsel zwischen Wilhelm Stapel und Erich Guido Kolbenheyer sowie Stapels Tagebucheintragen, wie sie Lokatis in seiner HAVA-Studie ausgewertet hat, legte Ziegler nach Habermanns erzwungenem Austritt aus dem DHV Wert auf Abstand, um nicht bei der neuen DHV-Führung (August Haid) in Misskredit zu geraten, vgl. Lokatis: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 172ff.

80 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 104, 192, 210, 213. – Zu unbestimmt sind die Hinweise Nebgens (ebd., S. 104), dass Arnold Knoblauch „mit seinen engeren Mitarbeitern stets bereit“ war, „seine Büroräume in Berlin wie auch seine großzügige Wohnung in der Straße Unter den Eichen zu größeren Beratungen bereitzustellen. Man war im leitenden Kreis der GAGFAH schon in den Jahren 1938/39 sowohl von den Plänen zusammengefasster Gewerkschaften wie von den Versuchen, Wehrmachtskreise gegen Hitler zu gewinnen, eingehend unterrichtet.“ Detaillierter sind die Angaben für die Unterstützung, die Arnold Knoblauch nach dem gescheiterten Attentat am 20. Juli 1944 Jakob Kaiser bot, damit er sich vor einem Zugriff der Gestapo verstecken konnte (ebd., S. 210, 213).

81 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 91, 194.

lich gebundenen Gewerkschaften als ein wesentliches Ergebnis der mehrjährigen Debatten des Gewerkschafterkreises um Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und Max Habermann angesehen. Auf welche gemeinsame Konzeption einer richtungsübergreifenden *Einheitsgewerkschaft* verständigten sich Leuschner, Kaiser und Habermann? Und welche gesellschaftspolitischen und gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen brachte der ehemalige DHV-Funktionär in die Diskussion ein? Um die Erwartung an eine Antwort etwas zu dämpfen: Es mag vielleicht erstaunen, aber diese Fragen lassen sich auf der Grundlage der verfügbaren Quellen: Berichte von Beteiligten (Nebgen, Kaiser), Berichte über die Verhöre der Gestapo nach dem 20. Juli 1944 (Kaltenbrunner-Berichte) und der Sekundärliteratur so gut wie nicht beantworten.

Über die Zusammenarbeit der drei Gewerkschaftsfunktionäre während der NS-Zeit in Berlin gibt es zahlreiche Hinweise in der Literatur. Neben einigen Berichten von Jakob Kaiser aus den ersten Nachkriegsjahren<sup>82</sup> und den Schilderungen in der Jakob-Kaiser-Biographie Elfriede Nebgens, die an den Beratungen beteiligt oder durch Jakob Kaiser informiert war und als Zeitzeugin angesehen werden kann, wird in den einschlägigen Studien zum Gewerkschaftswiderstand<sup>83</sup> und zum 20. Juli<sup>84</sup> auf die prominente Rolle eingegangen, die dieser Berliner Gewerkschafterkreis für die Verständigung auf eine richtungsübergreifende Einheitsgewerkschaft spielte.

Trotz vieler Hinweise auf den Gewerkschafterkreis Leuschner-Kaiser-Habermann, auf deren über fast ein Jahrzehnt sich erstreckenden Erörterungen über die Ausgestaltung einer Einheitsgewerkschaft und auf die erreichte Verständigung über den Aufbau einer richtungsübergreifenden Einheitsorganisation<sup>85</sup> ist die Quellenlage für eine Rekonstruktion des Weges dieser Verständigung und des erreichten Ergebnisses dennoch als dürftig anzusehen. Über die

82 Vgl. Jakob Kaiser: Max Habermann, in: *Neue Zeit*, 30. Oktober 1945, abgedruckt in: Mayer: *Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot*, S. 189–191; Jakob Kaiser: Kämpfer der Gewerkschaftseinheit, in: *Neue Zeit*, 28. September 1945, abgedruckt ebd., S. 185–188; Jakob Kaiser: Der Aufstand des Gewissens, in: *Neue Zeit*, 2. Februar 1947, abgedruckt ebd., S. 279–289; Jakob Kaiser: Einer von denen, die uns fehlen. Zum Gedenken an Wilhelm Leuschner, in: *Telegraf*, Nr. 137, 15. Juni 1947, abgedruckt ebd., S. 304–307; Jakob Kaiser: Drei Jahre danach, in: *Neue Zeit*, 20. Juli 1947, abgedruckt ebd., S. 325–328; Jakob Kaiser: Weder Reaktionäre noch Revolutionäre, in: Hans Royce: *Die Wahrheit über den 20. Juli 1944*. Bonn 1952, S. 8–11, abgedruckt ebd., S. 525–532.

83 Vgl. für viele Hans Mommsen: *Der 20. Juli 1944 und die deutsche Arbeiterbewegung*, in: Hans Mommsen: *Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes*. München 2000, S. 284–312; ferner: Mommsen: *Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944*, S. 347–361; jüngst auch Ulrich: *Wilhelm Leuschner*, S. 182ff.

84 Vgl. Gerhard Ritter: *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*. Stuttgart 1956; Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter (Hg.): *20. Juli – Porträts des Widerstands*.

85 Zur Gewerkschaftskonzeption Leuschners vgl. Mommsen: *Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944*.

Planung, Organisationsstruktur und Programmatik dieses Gewerkschafterkreises sind keine Aufzeichnungen überliefert. Der Verzicht auf Aufzeichnungen entsprach ohne Zweifel dem Gebot illegalen Arbeitens und dem erforderlichen Selbstschutz. Es lässt sich daher nur auf wenige Quellen zurückgreifen. Diese zeigen nur ein unsicheres Bild von den konzeptionellen Vorstellungen dieses Gewerkschafter-Kreises über die zukünftige Gestaltung und Funktion der Gewerkschaften, und sie lassen nicht erkennen, welche Positionen die Mitglieder dieses Gewerkschafterkreises im einzelnen vertreten haben könnten.

Die Kaltenbrunner-Berichte gelten als wichtigste Quellen für Aussagen über die vorgesehene Organisationsstruktur und die vermeintliche Personalplanung der Einheitsgewerkschaft.<sup>86</sup> Die in den Berichten zusammengefassten Darstellungen über die angestrebte Einheitsgewerkschaft stützen sich vor allem auf Aussagen, die die Gestapo von Wilhelm Leuschner erpresst hatte.<sup>87</sup> Mit Hilfe einer zurückhaltenden Interpretation vor allem der Kaltenbrunner-Berichte lässt sich die vermutlich seit 1941/42 von Wilhelm Leuschner vertretene Position für den geplanten Gewerkschaftsaufbau rekonstruieren, wie sie insbesondere Hans Mommsen in einigen Aufsätzen vorgestellt hat.<sup>88</sup> Keine substantiellen Angaben bieten diese Berichte jedoch dazu, welche organisationsstrukturellen und gewerkschaftlichen Positionen Max Habermann vertreten haben könnte,<sup>89</sup> sieht

---

86 Zu den Kaltenbrunner-Berichten vgl. Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“. – Andere Quellen für die konzeptionellen Überlegungen zur Einheitsgewerkschaft sind die Hinweise in der erwähnten Biographie über Jakob Kaiser von Elfriede Nebgen, den Aufsätze und Reden Jakob Kaisers zum Gedenken an Max Habermann, Wilhelm Leuschner und den 20. Juli 1944. Elfriede Nebgens Arbeit ist erst in den 1960er Jahren verfasst und 1967 veröffentlicht worden. Abgesehen von einer geringen Detailfreudigkeit verzichtet sie weitgehend auf die Darstellung von Differenzen und die Veränderung von Positionen in den Debatten zwischen Kaiser, Leuschner und Habermann und mit Carl Goerdeler. Auch die gedenkenden Aufsätze Jakob Kaisers helfen hier nicht weiter. Soweit es die Konzipierung der Einheitsgewerkschaft betrifft, sind sie darauf gerichtet, eine rasch erreichte Verständigung hervorzuheben und diese als Vermächtnis und Verpflichtung für die Gegenwart herauszustellen.

87 Wenig Beachtung erfährt der kurze Bericht über die Aussage von Hermann Maaß vom 12. August 1944; zur Organisationsstruktur der Einheitsgewerkschaft wird hier festgehalten: „unter der Reichsleitung Reichsverbände nach Berufsgruppen gegliedert, etwa 25, darunter Bezirksverbände der einzelnen Reichsverbände, darunter Ortsgruppen“ sowie einen „horizontalen Aufbau durch die Bildung von Gauleitungen als Zusammenfassungen der Leitungen der Bezirksverbände“, in: Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“, S. 205; jetzt aber Ulrich: Wilhelm Leuschner, S. 186.

88 Vgl. vor allem Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Mommsen: Alternative zu Hitler, S. 53–158; sowie die bereits erwähnten Aufsätze: Mommsen: Der 20. Juli 1944 und die deutsche Arbeiterbewegung, in: Mommsen: Alternative zu Hitler, S. 284–312; ferner: Mommsen: Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944.

89 Vgl. insbesondere Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“. Bd. 1, S. 383–387, 496–501; auch Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 5, S. 294–300 (Dok. 51).

man einmal von einem allgemeinen Einverständnis mit den „von Leuschner dargelegten Plänen“ für eine „einheitliche Gewerkschaft“ ab.<sup>90</sup> Bei dem Versuch, die gemeinsame gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Grundlage für die Zusammenarbeit von Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und Max Habermann zu ermesen, kommt man daher über Vermutungen kaum hinaus.

Wie gingen Max Habermanns gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Vorstellungen in die für Leuschner rekonstruierte gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption für ein Deutschland „nach Hitler“ ein? Eine fundierte Antwort auf diese Frage ist angesichts der dürftigen Quellenlage – zurzeit – nicht möglich. Sicher ist allerdings, dass Max Habermann keineswegs ohne Einfluss in diesem Kreis war. Das zeigt nicht zuletzt die Personalplanung für die „Deutsche Gewerkschaft“, die die DAF nach einer Überwindung des NS-Regimes ersetzen sollte. Neben Jakob Kaiser war Max Habermann nach den Angaben in den Kaltenbrunner-Berichten als einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden vorgesehen. In der Reichsleitung dieser mit Zwangsmitgliedschaft ausgestatteten Organisation sollte er für drei Abteilungen verantwortlich sein: Finanzen, Angestelltenfragen sowie Schulung und Bildung, und die Personalvorschläge für die „Industriegruppe“ der Angestellten machen.<sup>91</sup>

Welche gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen vertrat Max Habermann? Und waren diese mit Leuschners und Kaisers Vorstellungen über eine Neuordnung nach Hitler vereinbar? Die gegen den Parteienpluralismus und Parlamentarismus der Weimarer Republik gerichteten Gesellschafts- und Staatsvorstellungen Max Habermann wurden bereits skizziert, wie er sie in der Programmschrift *Stand und Staat*<sup>92</sup> von 1931 vorgestellt hatte und die verbunden waren mit einer gegen die Moderne gerichteten Zivilisationskritik und einem völkisch-kulturellen Antisemitismus. Dieser bezog sich auch auf die freien Gewerkschaften, die er – nach einer Äußerung im Februar 1933 in der *Deutschen Handelswacht* – „am Scheidewege: Leipart oder Aufhäuser“ sah.<sup>93</sup>

Zweifelhaft ist, ob Max Habermann diese Positionen in der Zusammenarbeit mit Leuschner und Kaiser aufgegeben hat oder aufgeben musste. Plausibler ist die Annahme, dass Leuschner für ihn die Leipart-Variante des „Scheide-

90 Vgl. Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“. Bd. 1, S. 315.

91 Vgl. ebd., S. 383–386; Ulrich: Wilhelm Leuschner, S. 184, weist darauf hin, dass diese Aufgabenhäufung für Max Habermann „überzogen“ wirkt; Ulrich vermutet, dass mit diesen Angaben andere Gewerkschafter, die für diese Aufgaben vorgesehen waren, geschützt werden sollten. Das mag sein, hätten aber Max Habermann, der zu der Zeit, als diese Aussagen erpresst wurden, noch nicht verhaftet war, gegebenenfalls doppelt belastet.

92 Vgl. Habermann: *Stand und Staat*; ferner Habermann: *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich 1918–1933*.

93 Habermann: Reichskanzler Adolf Hitler, in: *Deutsche Handelswacht*, 40 (1933) 3, 13. Februar 1933, S. 30.



wegs“ von 1933 vertrat.<sup>94</sup> Anzunehmen ist auch, dass Ausgangspunkt und Grundlage der Zusammenarbeit die Vereinbarung des „Führerkreises“ von April 1933 war, auch wenn in dieser Erklärung die Elemente überwogen, die, so Gerhard Beier, „den Text zu einem Dokument der freiwilligen Gleichschaltung und limitierten Unterwerfung“<sup>95</sup> machten. Forderungen nach: parteipolitischer Ungebundenheit der Einheitsgewerkschaft, Unterordnung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung unter das Ziel der „Förderung eines gesunden Staates und Volkes“, Anerkennung der christlichen Grundlagen von Gesellschaft und Staat waren Kernpunkte der Führerkreis-Vereinbarung,<sup>96</sup> die Kaiser und Leuschner im April 1933 ausgehandelt und mitgetragen hatten und die auch für Max Habermann Mitte der 1930er Jahre akzeptabel gewesen sein dürften, zumal sie nicht sehr weit von seinen Ausführungen in „Stand und Staat“ entfernt waren. Auch Ausführungen Jakob Kaisers aus dem Jahr 1935 pointierten ungeschminkt die Abweisung sozialistischer Positionen als Voraussetzung für die Bildung einer Einheitsgewerkschaft.<sup>97</sup>

Hans Mommsen hat im Hinblick auf die von Leuschner vertretenen Vorstellungen einer Einheitsgewerkschaft als „Auffangorganisation für die Deutsche Arbeitsfront“ bereits festgestellt: „Leuschner scheint (...) ernsthaft den Gedanken verfolgt zu haben, der Gewerkschaft in der neuen staatlichen Ordnung eine ausschlaggebende Stellung zu verschaffen und auf eine politische Parteibildung zu verzichten.“<sup>98</sup> Anscheinend war Leuschner auch für Konzeptionen

---

94 Elfriede Nebgen betont in ihrer Kaiser-Biographie, dass die Verständigung zwischen Leuschner, Kaiser und Habermann auch deshalb gelang, weil Leuschner von sozialistischen Positionen abgerückt sei, vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 187ff.

95 Gerhard Beier: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/Main 1975, S. 41; mit etwas anderer Akzentuierung Beier: Die illegale Reichsleitung, S. 23; ferner Buschak: „Arbeiten im kleinsten Zirkel“, S. 41.

96 Das Dokument in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933. Bearb. von Peter Jahn, Hg. von Hermann Weber, Klaus Schönhoven und Klaus Tenfelde. Köln 1988, S. 909–911.

97 Vgl. Jakob Kaisers Ausführungen in dem Text: „Zu den offenen Fragen zwischen der Deutschen Arbeitsfront und den ehemaligen christlichen Gewerkschaften“ vom 15. April 1935, in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 5, S. 147–153 (Dok. 17), hier S. 147: „Die Gewerkschaften waren sich unter dem Erlebnis des nationalen Auftriebs im jungen Deutschland durchaus bewusst, dass die Stunde der Zusammenschweißung des deutschen Volkes zu einer größeren Gemeinsamkeit gekommen war. Sie waren sich bewusst, dass der Notwendigkeit dieses Zusammenschweißens auch durch neue Formen Rechnung getragen werden musste. (...) Es war ja immer der ausgesprochene Wille vor allem der jüngeren christlich-nationalen Gewerkschaftsführer, einheitliche deutsche Gewerkschaften auf nationaler Grundlage zu schaffen, um auch die Gefolgschaft der freien Gewerkschaften der Lähmung des nationalen Lebenswillens, wie ihn der sozialistische Parteigeist verursachte, zu entreißen.“

98 Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, S. 129.

aufgeschlossen, die „in Richtung eines demokratischen Ständestaates“<sup>99</sup> gingen. Derartige Vorstellungen stehen keineswegs konträr zu Habermanns Ablehnung der parlamentarischen Parteiendemokratie und zu dessen Überlegungen zu „Stände und Staat“. Sie mögen sogar Eckpunkte einer gewerkschaftspolitischen Konzeption und eines gemeinsamen Gesellschafts- und Verfassungsverständnisses gewesen sein, das sich von der Parteiendemokratie der Weimarer Republik ebenso distanzierte, wie es von der späteren Konzeption des Grundgesetzes entfernt war.

### VIII.

Erst seit etwa Ende 1941 anlässlich der Debatten mit Carl Goerdeler und etwas später mit dem Kreisauer Kreis um Helmuth James von Moltke dürften die Vorstellungen über die Organisationsstruktur und die Funktionen einer Einheitsgewerkschaft im Kreis von Leuschner, Kaiser und Habermann präzisiert worden sein. Planungen für eine Neuordnung von Staat und Gesellschaft nach Überwindung des NS-Regimes haben nach dem Bruch des Hitler-Stalin-Paktes und dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion, spätestens aber nach der Niederlage der Wehrmacht im Winter 1942/43 in Stalingrad einen erkennbaren zeitlichen Horizont erhalten. Dies nicht zuletzt auch angesichts einer wachsenden Bereitschaft von einigen Angehörigen der militärischen und bürokratischen Elite, den Sturz Hitler aktiv herbeizuführen.

Mit der konkreter werdenden Perspektive eines Regime-Wechsel oder Regime-Sturzes wurde es auch für den Berliner Gewerkschafterkreis wichtig, seine gesellschaftlichen und politischen Neuordnungsvorstellungen und seine Vorstellungen über die Organisationsstruktur und die Position von zukünftigen Gewerkschaften festzulegen und den Anspruch auf politische und gesellschaftliche Mitgestaltung in die Debatten der sich formierenden Widerstandskreise um Carl Goerdeler und um Helmuth James von Moltke (Kreisauer Kreis) einzubringen.<sup>100</sup>

Die Gewerkschafter traten für die Neugründung einer „Deutschen Gewerkschaft“ ein.<sup>101</sup> Bereits in der Denkschrift „Das Ziel“ von 1940/41 entwickelte Carl Goerdeler zumindest insoweit kompatible Vorstellungen, als er sich für eine Liquidation der DAF aussprach und die Bildung von „Gruppenorganisationen der Angestellten und Arbeiter mit Zwangsmitgliedschaft“ präferier-

<sup>99</sup> Ebd., S. 130.

<sup>100</sup> Vgl. Mommsen: Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944, S. 351f.

<sup>101</sup> Etwas detailliertere Angaben zu der geplanten „Deutschen Gewerkschaft“ stützen sich auf die Kaltenbrunner-Berichte, vgl. Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“. Bd. 1, S. 383–386 und 496–501.

te.<sup>102</sup> Gleichwohl finden sich in den Organisationsvorstellungen des Gewerkschafterkreises ausgeprägte Anlehnungen an die DAF, wenn auch unter anderen Vorzeichen, da die Mitarbeit, Mitverantwortung und Selbstverwaltung der Gewerkschaftsmitglieder zu einem zentralen Element der „Deutschen Gewerkschaft“ werden sollte. Die „Deutsche Gewerkschaft“ war als konkurrenzlose Einheitsgewerkschaft konzipiert. Um dieses Organisationsprinzip durchsetzen zu können, sollte die Mitgliedschaft für die Arbeitnehmer obligatorisch sein und die Bildung konkurrierender Arbeiterparteien dadurch verhindert werden.

Fasst man die zentralen Elemente dieses Organisationsplans für eine „Deutsche Gewerkschaft“, wie sie in den Kaltenbrunner-Berichten dargestellt wurden,<sup>103</sup> zusammen – zentralistische Einheitsgewerkschaft, Zwangsmitgliedschaft, personelle Dominanz ehemaliger freigewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre –, ist es schwierig einzuschätzen, ob diese Darstellung des Organisationsplanes für die „Deutsche Gewerkschaft“ tatsächlich den Konsens von Leuschner, Kaiser und Habermann über eine zukünftige Gewerkschaft wiedergibt. Wie weit diese Pläne für eine „stark dirigistisch gefärbte Gewerkschaftsorganisation“<sup>104</sup> über den Gewerkschafterkreis hinaus Akzeptanz gefunden hatten oder gefunden hätten, muss ebenso offen bleiben. Es mag sein, dass diese starke Affinität zu autoritären Staats- und Gesellschaftsvorstellungen aus dem Versuch resultierte, in einer Umbruchs- und Übergangsphase nach dem Wechsel oder dem Sturz des politischen Regimes, die Position der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer zu sichern, für ihren Anspruch auf politischen Einfluss und gesellschaftliche Mitgestaltung die organisationsstrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Es ist aber auch nicht von der Hand zu weisen, dass diese Gewerkschaftskonzeption eingebettet war in Neuordnungsvorstellungen, die ebenso antipluralistisch wie antiparlamentarisch und antidemokratisch waren.

In diesem Sinne ist Hans Mommsen zuzustimmen, wenn er feststellt, dass „all dies zeigte, wie weit sich die deutsche politische Kultur – eben auch bei den dezidierten Gegnern des NS-Regimes – von den Traditionen des Liberalismus und des demokratischen Sozialismus entfernt hatte und bei unterschiedlichen Vorzeichen gewisse Affinitäten zu faschistischen Strukturen aufwies“<sup>105</sup>. Anscheinend hatten sich Leuschner, Kaiser und Habermann auf eine Konzeption verständigt, die nicht mehr sozialdemokratischen und sozialistischen Positionen verpflichtet war, sondern einem Staats- und Gesellschaftsverständnis

---

102 Sabine Gillmann/Hans Mommsen (Hg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Bd. 2. München 2003, S. 873–944, hier S. 905f.; mit einem etwas anderen Verständnis von Goerdelers Position zur DAF vgl. Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, S. 292f.

103 Vgl. Jacobsen: „Spiegelbild einer Verschwörung“. Bd. 1, S. 383–386 und 496–501.

104 Mommsen: Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944, S. 356.

105 Ebd.

folgte, das Habermann bereits während der Weimarer Republik vertrat und das in Ansätzen bereits der Vereinbarung des „Führerkreises“ vom April 1933 zugrunde lag. Das hierin zum Ausdruck kommende autoritäre Gesellschafts- und Staatsverständnis war durchaus konsensfähig mit der Funktion, die Goerdeler in einem Entwurf für eine Rundfunkrede nach der Übernahme der Regierungsgewalt vom Frühjahr 1944 einer „alle deutschen Schaffenden in sich vereinigen deutschen Gewerkschaft“ zuwies. Der obligatorischen Einheitsgewerkschaft sollte „die Betreuung der Interessen der Schaffenden in den einzelnen Betrieben in geordnetem Zusammenwirken mit der Belegschaft“, der „Kampf gegen Arbeitslosigkeit in Zusammenarbeit mit dem Reich und dem Kapital“ und die „Selbstverwaltung aller Einrichtungen der Sozialpolitik“ obliegen.<sup>106</sup> Die zukünftige Pflichtgewerkschaft wurde als staatlich ermächtigte Ordnungsmacht gegenüber den Mitglieder gesehen, jedoch nicht als konfliktfähige Interessenorganisation *der* Mitglieder verstanden.

## IX.

Wie Max Habermann die wenigen Monate nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 bis zu seinem Selbstmord in einer Zelle im Gerichtsgefängnis in Gifhorn verbrachte, darüber gibt es nur wenige verlässliche Informationen. Neben den knappen Angaben, die in Elfriede Nebgens Jakob-Kaiser-Biographie<sup>107</sup> und in Annedore Lebers Habermann-Würdigung in „Das Gewissen entscheidet“<sup>108</sup> zu finden sind, hat Albert Krebs vielleicht noch am ausführlichsten einige Orte aufgelistet, an denen sich Max Habermann in den wenigen Wochen, nachdem er Berlin verlassen hatte, aufhielt.<sup>109</sup>

Um den 20. Juli 1944 befand sich Max Habermann in Berlin. Er unterhielt in den Tagen vor dem 20. Juli die üblichen Kontakte, traf sich mit Personen, die später dem Umfeld des 20. Juli zugerechnet wurden oder unmittelbar an den

106 Gillmann/Mommsen (Hg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Bd. 2, S. 1036–1045, hier S. 1044.

107 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 194–200.

108 Leber: Das Gewissen entscheidet, S. 100ff.

109 Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie; Krebs: Habermann, Hans Max, S. 397f. Irreführend hingegen die auch noch in der 4. Auflage (1985) enthaltene Behauptung bei Peter Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. München 1969, S. 53: „Habermann wurde ebenfalls hingerichtet.“ Nicht weniger uninformiert die sich faktensicher gebende Darstellung von Gottfried R. Treviranus: Für Deutschland im Exil, S. 162f.: „Habermann war am 21. Juli im Hause des Oberbürgermeisters Dr. Holzapfel in Herford untergetaucht. Trotz der ständigen Warnung unserer selbstlosen Freunde bestand er darauf, Mitte Oktober nach Hamburg zu fahren – in der Hoffnung, in der Öffentlichkeit unbekannt zu bleiben. Er kam unbehindert in seine Wohnung zu seiner Frau, die wie üblich polizeilich, wie Holzapfels vorausgesagt hatten, überwacht wurde. Dort wurde er 24 Stunden später verhaftet, dem Volksgerichtshof und am 20. Oktober dem Henker übergeben.“

Vorbereitungen des Attentats und den geplanten Maßnahmen der Militärangehörigen für die Machtübernahme beteiligt waren.<sup>110</sup> Der „zivile Widerstand“, dem die ehemaligen Spitzenfunktionäre der Weimarer Gewerkschaften zuzuordnen sind, war trotz seines engen Kontaktes zu den eingeweihten und beteiligten Wehrmachtsoffizieren,<sup>111</sup> offensichtlich weder über die konkreten Pläne noch über das Vorgehen noch über den genauen Zeitpunkt informiert.<sup>112</sup> Folgt man den Angaben von Elfriede Nebgen, fand noch am 18. Juli 1944 „eine Konferenz im Hause des Generaldirektors der GAGFAH, Arnold Knoblauch, dem Freund von Max Habermann, statt. Es ging um die Frage des Wiederaufbaues nach den Zerstörungen des Bombenkrieges (...). Außer Kaiser, Leuschner und Habermann nahmen neben Knoblauch – wie schon öfter – noch mehrere Persönlichkeiten des führenden Kreises der GAGFAH teil.“<sup>113</sup> Am Morgen des 20. Juli 1944 traf Max Habermann Generaloberst Beck, der, obwohl seit November 1938 aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden, als eine Schlüsselfigur des militärischen Widerstandes angesehen wurde. Habermann übergab Beck einen Brief Goerdelers, den er tags zuvor von Jakob Kaiser erhalten hatte. Er nutzte diese Gelegenheit um, so wiederum Elfriede Nebgen, in einem längeren Gespräch sich mit Beck über die Dringlichkeit der Aktion gegen Hitler zu verständigen.<sup>114</sup> Beck unterrichtete seinen Gesprächspartner offensichtlich nicht über das für diesen Tag geplante Attentat Stauffenbergs. Erst Rundfunkmeldungen und Zeitungsnachrichten in den späten Nachtstunden des 20.

---

110 Vielleicht noch am zuverlässigsten die Angaben bei Nebgen: Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*, S. 191–200, 213.

111 Zu den Kontakten zu Stauffenberg, Beck etc. vgl. entsprechende Angaben bei Nebgen: Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*; Leithäuser: Wilhelm Leuschner; Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung; Hoffmann: *Widerstand – Staatsstreich – Attentat*; Christian Müller: *Stauffenberg. Eine Biographie*. Düsseldorf 2003; Klaus-Jürgen Müller: *Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie*. Paderborn 2008.

112 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*, S. 191–198. Charakteristisch hierfür die Schilderung der ersten Begegnung Elfriede Nebgens mit Carl Goerdeler nach dem Attentat, als Goerdeler, der angeblich eine Festsetzung Hitlers den Vorrang vor einem Attentat gab, sie mit den Worten „du sollst nicht töten“ begrüßte, ebd., S. 198. Es hat allerdings geringe Plausibilität, dass Goerdeler nicht darüber unterrichtet gewesen sein sollte, dass ein tödliches Attentat auf Hitler geplant war.

113 Nebgen: Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*, S. 192. Goerdeler nahm an dieser Besprechung nicht teil, ließ aber Jakob Kaiser herausrufen, um ihm mitzuteilen, dass seit dem 17. Juli 1944 ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt war. Goerdelers Sorge konzentrierte sich auf eine sichere Unterkunft und die Möglichkeit, an einen falschen Pass zu kommen, vgl. ebd., S. 192ff.; ferner Ritter: *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, S. 411–415.

114 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*, S. 193; ferner Müller: *Generaloberst Ludwig Beck*, S. 516, allerdings nur als Paraphrase von Nebgens Text.

Juli und am nächsten Morgen informierten die Bevölkerung und den nicht-militärischen Widerstand von dem Geschehen.<sup>115</sup>

Kaiser, Leuschner, Habermann, Goerdeler usw., die einen nach vielen Richtungen hin offenen Widerstandskreis bildeten, schienen vom gescheiterten Attentat verunsichert. Wenn sie nicht wie Goerdeler bereits aus anderen Gründen zur Verhaftung ausgeschrieben waren, sahen sie sich nun veranlasst, ihre Wohnungen zu meiden und bei Bekannten oder Verwandten Unterkunft zu suchen. Max Habermann zog es in den ersten Tagen nach dem 20. Juli vor, zumindest die Nächte in Babelsberg zu verbringen.<sup>116</sup>

Bemerkenswert an den Reaktionen der Mitglieder dieses Widerstandskreises ist die fehlende Vorbereitung für eine Situation, wie sie nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat eingetreten war. Man hatte sich anscheinend weder mental auf diese Situation vorbereitet noch organisatorisch Vorkehrungen getroffen, um gegebenenfalls untertauchen und sich dem Zugriff der Gestapo entziehen zu können. Offensichtlich verkannten die Akteure des gewerkschaftlichen und zivilen Widerstandes, wie rasch sie in das Zentrum der Verfolgungsmaßnahmen geraten würden. Sie verkannten nicht nur, was ihre Nähe zum „militärischen Widerstand“, zu den Wehrmachtsoffizieren, die das Attentat geplant und umgesetzt hatten, bedeutete, sondern auch, wie das NS-Regime die sich über mehrere Jahre erstreckenden Planungen und Abstimmungen für einen politischen und gesellschaftlichen Systemwechsel bewerten würde. Es entspricht dieser Fehleinschätzung, wenn noch nach dem Attentat geglaubt wurde, dass es nicht „ums [eigene] Leben ging[e]“ und dass man „sich vom Attentat distanzieren“ könne.<sup>117</sup> Warum es zu dieser durchweg illusionären Wahrnehmung der eigenen Situation kam, ist schwer zu erklären. Faktoren, die zu dieser Illusion (oder Selbsttäuschung) beigetragen haben, dürften im vergleichsweise geringen Verfolgungsdruck und in fehlenden oder wenigen Erfahrungen mit Überwachungen, Verhaftungen und Inhaftierungen und Verhörsituationen zu sehen sein (abgesehen v. a. von Leuschner und Kaiser); auch in dem sehr weitgespannten Kreis von recht einflussreichen Personen, die irgendwie dem „zivilen“ und „militärischen“ Widerstand zugerechnet wurden und mit denen nicht selten über mehrere Jahre ein mehr oder weniger intensiver und kritischer Meinungsaustausch über das NS-Regime geführt wurde. Hinzu kommt auch, dass eine beachtliche Anzahl von Personen, die zu diesem „Beziehungsnetzwerk“ gerechnet wurden, in einflussreichen Positionen im NS-Regime und in der Wehrmacht waren, was möglicherweise den Eindruck von

115 Beispielhaft für die Wahrnehmung des Attentats im vermeintlich eng mit dem militärischen Widerstand verbundenen zivilen Widerstandskreis die von Elfriede Nebgen geschilderte zweifelnde Reaktion Jakob Kaisers, in: Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 194ff.

116 Vgl. ebd., S. 196; Unterkunft bot Gerda Droste.

117 Ebd., S. 196, 198.

Schutz und Intervention bei Verfolgungsmaßnahmen aufkommen ließ. Es ist aber kaum einzuschätzen, in welchem Maße die einzelnen Akteure über diese vielfältigen direkten und indirekten personellen Verbindungen und Verflechtungen unterrichtet waren.

Ein kleiner Kreis von „zivilen Verschwörern“, zu denen neben Carl Goerdeler, Jakob Kaiser, Wilhelm Leuschner und Max Habermann auch Josef Wirmer und Elfriede Nebgen zu zählen sind, hielt in den Tagen nach dem 20. Juli Kontakt untereinander, vermittelt über Elfriede Nebgen.<sup>118</sup> Ein Versteck für Jakob Kaiser boten Mina Amann<sup>119</sup> und Albert Voss, deren Tabakladen in der Rosenthaler Straße in Berlin-Mitte als Anlaufstelle und Aufenthaltsort diente.<sup>120</sup> Ein vermutlich letztes Treffen in dem Tabakladen fand am 31. Juli 1944 statt. Anlass dafür bot Carl Goerdelers 60. Geburtstag, der „noch einmal Goerdeler, Kaiser, Leuschner, Wirmer und Habermann in der Rosenthaler Straße zu einer kleinen Feier“ vereinigte.<sup>121</sup>

Dass diese kleine Geburtstagsfeier mitten in Berlin stattfand, an einem Ort, der seit Jahren von ehemaligen christlichen Gewerkschaftsfunktionären als Anlauf- und Kontaktstelle genutzt wurde, unterstreicht nochmals, wie wenig sich diese „zivilen Verschwörer“ auf die Situation der Verfolgung nach einem Scheitern des Attentats auf Hitler vorbereitet hatten, wie wenig realistisch sie ihre Gefährdung einzuschätzen in der Lage waren und wie sehr sie ihr eigenes Handeln als relevanten Widerstand gegen die Bestandsvoraussetzungen des Regimes unterschätzten. Nach der Erinnerung von Elfriede Nebgen brachte Max Habermann diese Selbsttäuschung zum Ausdruck, als er sich am 1. August 1944 im Tabakwarengeschäft in der Rosenthaler Straße von ihr mit den Worten verabschiedete: „Wir müssen uns (...) alle etwas ausruhen. In vierzehn Tagen wird alles vorbei sein, dann beginnt die Arbeit.“<sup>122</sup>

Ob Max Habermann, nachdem das Attentat auf Hitler gescheitert war und nachdem die Verfolgung der direkt und indirekt am Attentat Beteiligten begonnen hatte, tatsächlich so unverbrüchlich optimistisch war, wie sich Elfriede Neb-

---

118 Vgl. ebd., S. 197–200.

119 Vgl. Julia Hörath/Siegfried Mielke: Amann, Mina (1893–1966), in: Siegfried Mielke (Hg.): Gewerkschafterinnen im NS-Staat: Verfolgung, Widerstand, Emigration. Essen 2008, S. 33–49.

120 Zum Tabakwaren- bzw. Zigarrengeschäft von Albert Voss in der Rosenthaler Straße 65 vgl. Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand 1933–1945: Widerstand in Mitte und Tiergarten. Bd. 8 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. 2., veränderte und erweiterte Aufl. Berlin 1999, S. 275; Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand 1933–1945: Widerstand in Steglitz und Zehlendorf. Bd. 2 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Berlin 1986, S. 92. Sandvoß verzichtet auf Quellenangaben; die Amann-Biographie von Hörath/Mielke stützt sich wiederum in den Angaben zum Zigarrengeschäft überwiegend auf Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer.

121 Vgl. Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 199.

122 Ebd., S. 200.

gen zu erinnern meinte, mag mit Skepsis betrachtet werden. Immerhin verfasste er ein neues Testament, versehen mit dem Datum 1. August 1944, in dem er nicht nur, wie in seinem Testament vom 28. Dezember 1932, seine Frau zur alleinigen Erbin bestimmte. In dem Testament von 1944 verfügte er detailliert darüber, dass die Firma Bott KG aufgelöst werden sollte, wie die bestehenden Verpflichtungen aus der Firma abzulösen seien und welche Beteiligungen und Ansprüche noch bestünden. Sehr pessimistisch und zugleich protestantisch-gottergeben klingt der abschließende Satz des Testaments: „Sollten aber im Verlauf dieses Krieges alle unseren irdischen Güter in Schutt und Rauch aufgehen, dann mögen Mutter und Kinder in der Armut, die sie dann mit Millionen Deutschen zu teilen haben, sich unter Gottes Willen beugen und sich dem Glauben bewahren, dass sie seiner unendlichen Gnade immerdar anheimgegeben sind.“<sup>123</sup>

Anfang August 1944 verließ Max Habermann Berlin, um in Bielefeld bei Ernst Kettembeil Unterkunft zu suchen. Im Detail nachprüfbar Angaben, wann Max Habermann in Bielefeld war und bei wem er sich wie lange aufhalten konnte, liegen nicht vor. Noch am faktenreichsten sind die Ausführungen von Albert Krebs in seiner ungedruckten biographischen Skizze über Max Habermann.<sup>124</sup> Danach konnte Habermann zunächst in der Wohnung von Ernst Kettembeil unterkommen, bis ein Bombenschaden einen Quartierwechsel erzwang. Für vielleicht zehn Tage wurde er bei Matthias Dreesen in Münster untergebracht, um anschließend wieder bei Ernst Kettembeil in Bielefeld ein Versteck zu finden. Wiederum zwang ein Bombenschaden zum Wechseln des Verstecks. Diesmal soll sich Artur Ladebeck, ein sozialdemokratischer Lehrer, bereitgefunden haben, Max Habermann Unterkunft anzubieten.<sup>125</sup> Nach den Ausführungen von Albert Krebs sollen Habermanns „Bielefelder Freunde“ ihn auf die prekäre Situation hingewiesen und ihm angeraten haben, im großstädtischen Hamburg Unterkunft und Versteck zu suchen.<sup>126</sup> Am 29. Oktober kam Max Habermann diesem Drängen nach und fuhr mit dem Zug in Richtung

123 „Testament“, Berlin, 1. August 1944, handschriftlich verfasst; ferner der handschriftliche „letzte Wille“ von Max Habermann, Rahlstedt, 28. Dezember 1932, beide in: Privatarchiv Günther Habermann.

124 Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, S. 80ff.; Krebs gibt an, sich für seine Habermann-Studie u. a. auf „schriftliche und mündliche Berichte von Frau Habermann, Ernst Kettembeil, Friedrich Schleicher, Hermann Schuhmacher, Friedrich Stoffers, Cornelius van der Horst und anderen“ gestützt zu haben. Leider sind diese Quellen, weder die schriftlichen Berichte noch die Aufzeichnungen von mündlichen Berichten, nachgewiesen und einsehbar.

125 Da Krebs keine Belege für seine Schilderung anführt, lässt sich nicht überprüfen, ob es nicht gelegentlich zu irrümlichen Darstellungen und Verwechslungen gekommen ist. Beispielsweise wurde Artur Ladebeck nach dem 20. Juli im Zuge der Aktion „Gewitter“ für einen Monat inhaftiert; ob Ladebeck angesichts einer hohen Selbst- und Fremdgefährdung durch Überwachungsmaßnahmen des NS-Regimes bereit war und es verantworten wollte, Max Habermann zu verstecken, ist sehr fraglich.

126 Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, S. 81.



Hamburg. In Celle unterbrach er die Zugfahrt, um in Müden an der Aller seine Frau aufzusuchen, die in Begleitung des jüngsten Sohnes Mitte 1943 von Berlin dorthin evakuiert worden war. Bereits kurze Zeit, nachdem er angekommen war, wurde er verhaftet. In der Nacht zum 30. Oktober 1944 nahm sich Max Habermann das Leben.<sup>127</sup>

## X.

Dass der gläubige evangelische Christ sich in der Gefängniszelle in Gifhorn das Leben nahm,<sup>128</sup> bedarf nicht nur angesichts des kirchlichen Suizid-Verbotes einer besonderen Erklärung. Die Selbsttötung verlangte auch in Bezug auf die gesellschaftliche und politische Bewertung des Widerstandes nach Überhöhung und Sinngebung. Bereits im „Fragebogen“, den Anna Habermann am 15. Juli 1945 für den Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ des Magistrats der Stadt Berlin ausfüllte, erklärte sie, dass sich Max Habermann das Leben nahm, „um nicht weitere Freunde und Mitarbeiter mit in den Tod und Gefangenschaft zu ziehen“<sup>129</sup>. Diesem Deutungsmuster schloss sich Albert Krebs an. Auch für ihn war der Selbstmord von der Befürchtung bestimmt, „in der Bedrängnis der Gestapo-Verhöre (...) schwach werden“ zu können, und von dem Bemühen, „jene, die ihn verborgen hatten, und weitere Mitglieder des ‚Widerstandes‘, schon verdächtigte und noch unbekannte, nicht verraten“ zu wollen. Konsequenterweise findet die Selbsttötung auch für Krebs (unter Einbeziehung der eigenen Person) eine Rechtfertigung darin, dass „sein Tod (...) vielen von uns das Leben gerettet“ hat; und er nahm an, dass in dieser schützenden Wirkung auch für Max Habermann „Trost und Rechtfertigung seines freiwilligen Sterbens“ lag.<sup>130</sup> Anlässlich eines Gedenkartikels zum ersten Todestag von Max Habermann meinte auch Jakob Kaiser mit pathetischer Rhetorik feststellen zu sollen: „Aber Blut, das für eine Idee geflossen, hat in der Geschichte noch immer zwingende Kraft gehabt.“

---

127 Vgl. die Angaben im „Fragebogen“ vom 15. Juli 1945 und in dem beigefügten „Lebenslauf: Anna Habermann“ für den Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“, in: Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 254. Hier findet sich auch die Angabe über die Denunziation, die zur Verhaftung führte, und eine Namensnennung des vermeintlichen Denunzianten. – Albert Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, S. 81, vermutete kontrafaktisch: „Wer den Polizeimeister [der die Verhaftung vornahm] unterrichtet hat, ist mit Sicherheit nicht festgestellt, von den Angehörigen, denen an billiger Rache nichts gelegen war, aber auch nicht ernsthaft nachgeprüft worden.“

128 Neben: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, S. 213, erwähnt, dass Max Habermann sich erhängte. Die Schilderung der Umstände seines Todes variieren in den einzelnen Darstellungen, vgl. Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, S. 81f.

129 In: Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01, Nr. 254.

130 Krebs: Max Habermann. Eine biographische Studie, S. 82.

Zwingend sollte der Tod von Max Habermann und Wilhelm Leuschner für die Bildung der Einheitsgewerkschaft sein.<sup>131</sup>

---

131 Jakob Kaiser: Max Habermann: Zu seinem Todestag am 30. Oktober 1944, Artikel in: Neue Zeit, 30. Oktober 1945, abgedruckt in: Mayer: Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot, S. 189–191, hier S. 190.